

# Politische Berichte ★

Nummer 11/16. Jahrgang

1. Juni 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßiges Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

## Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

## Die Nato eskaliert

### Die Intervention des Westens verschärft den jugoslawischen Zerteilungskrieg

Nach kurzen Monaten weitgehender, stets brüchiger Waffenruhe eskaliert der Krieg auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien in rasantem Tempo. Bei Redaktionsschluß (am Morgen des 30.5.) haben die USA, Großbritannien und Frankreich nach der Gefangennahme von UN-Soldaten durch die bosnisch-serbische Kriegspartei Flugzeugträger und andere Kriegsschiffe, Spezialeinheiten in der Stärke von jeweils mehreren tausend Mann und schweres Gerät in Richtung Bosnien in Bewegung gesetzt; auch andere Länder mobilisieren, die BRD ist forciert bemüht, die Bedingungen zu schaffen, schnellstmöglich rund 2000 für einen möglichen Einsatz im Bosnien-Krieg zugesagte Bundeswehrsoldaten nach Italien zu verlegen. Die Außenminister der westlichen Mächte tagen auf verschiedenen Konferenzen — EU-Außenminister, Bosnien-Kontaktgruppe, Nato-Außenminister, Nato-Außenminister plus osteuropäische „Kooperationspartner“ — praktisch ohne Unterbrechung. Als mögliche Maßnahmen werden die Befreiung der gefangenen UN-Soldaten und/oder die Vorbereitung des UN-Rückzuges erörtert. Bei weiterem Verbleib der Uno sollen die Unprofor-Einheiten konzentriert, mit schweren Waffen ausgerüstet und mit einem Kampfauftrag ausgestattet werden. So oder so ist die Gefahr einer massiven militärischen Intervention der Westmächte in den jugoslawischen Zerteilungskrieg größer denn je.

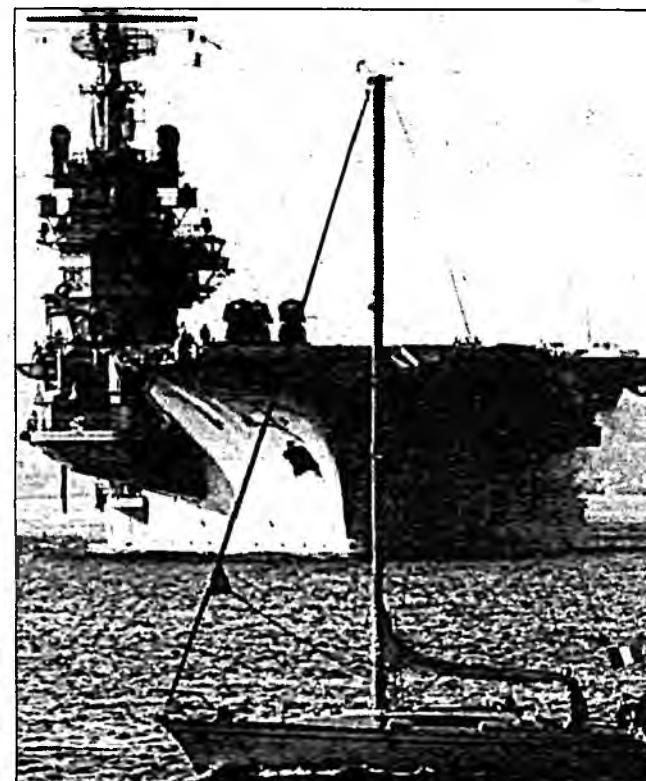
Das zeigt auch der Kampf um die öffentliche Meinung in der BRD. Die Repräsentanten einer parteiübergreifenden Kriegspartei, zu nennen vor allem Rühe, Kinkel und von der SPD Voigt und Duve, trommeln für Militärschläge gegen die bosnischen Serben. Um so verheerender ist es, daß sich Widerstand gegen den aktuellen Kriegskurs einer großen Koalition öffentlich kaum regt. Weder aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen noch aus der PDS-Bundestagsgruppe ist bis heute eine Stellungnahme zu erhalten. Ein kleiner Lichtblick sind lediglich die beiden Nein-Stimmen, mit denen ein SPD- und ein Grünen-Vertreter — als einzige — auf der jüngsten Nato-Versammlung die Bosnien-Resolution ablehnten.

Was sind die Ursachen für die gefährliche Entwicklung der letzten Tage? Folgt man den Stellungnahmen und Kommentaren seit den Angriffen bosnischer Serben auf UN-Einheiten, dann wird der Westen, weil er in seinen Friedensbemühungen unentschlossen und konzeptionslos handelt, nun wider Willen in den Krieg hineingezogen. Daraan ist höchstens richtig, daß die Nato-Mächte auf die Reaktionen der bosnisch-serbischen Kriegsherrn auf die jüngsten Nato-Luftangriffe allem An-

schein nach nicht richtig eingestellt waren und von der aktuellen Zuspitzung der Krise überrascht wurden, für die sie in erheblichem Maße die Verantwortung tragen.

Schon einmal, Ende letzten Jahres, ist der Versuch gescheitert, durch den Einsatz von Nato-Kampfflugzeugen gegen die bosnischen Serben einen Luftschild zu errichten, unter dessen Schutz die Izetbegovic-Truppen eine Offensive zur militärischen Zerschlagung ihrer Gegner starten konnten (siehe *Politische Berichte* 25/94). Damals mußten die bosnischen Muslime mit schweren Niederlagen den Preis für die Nato-Strategie zahlen, heute müssen das auch die Unprofor-Soldaten und UN-Beobachter.

Es ist unbestritten, daß alle jugoslawischen Kriegsparteien die Vereinbarungen gebrochen und sich erneuter blutiger Angriffe schuldig gemacht haben. Besonders schwerwiegend war der kroatische Überraschungsangriff auf das von Serben bewohnte Westslavonien von Anfang Mai, der den labilen Frieden zwischen Kroatien und den Krajina-Serben zerbrochen und in aller Schärfe vor Augen geführt hat, daß bis zu einer Friedensregelung, die ein Zusammenleben auf neuer Grundlage ermöglicht, der Krieg jederzeit überall wieder aufflammen kann. Am 30.5. nun meldete die *Frankfurter Allgemeine*,



Der französische Flugzeugträger „Foch“ auf der Fahrt von Toulouse in die Adria, wo er am 29. Mai eintraf.

daß „nach Ansicht der Bundesregierung ... alle Voraussetzungen jetzt erfüllt (sind), damit die EU mit Kroatien über ein Handels- und Kooperationsabkommen verhandeln kann“. Die Verhandlungen sollen im Juni beginnen. Die Meldung macht deutlich, daß Kroatien sich bei seinem Überfall der Rückendeckung durch die EU und insbesondere durch die BRD sicher sein konnte und kann. Sie ruft aber auch die Kräfte und Interessen in Erinnerung, die auf die Zerteilung Jugoslawiens hingewirkt haben und die weiterwirken an der rest-

losen Zerstörung der wirtschaftlichen Beziehungen im ehemaligen Jugoslawien und daran, große Gebiete in vollständige Abhängigkeit von „Kerneuropa“ zu bringen. Das sind vor allem die deutschen Großmachtinteressen.

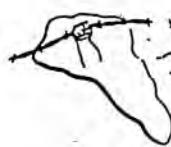
Der kroatische Angriff auf Westslavonien hat unmittelbar zur Verschärfung der Kriegshandlungen in Bosnien geführt, und zwar auf allen Seiten, auch auf Seiten der Izetbegovic-Truppen, die in den Monaten des Waffenstillstands trotz angeblichen Waffenembargos mächtig mit schweren Waffen aufgerüstet wurden. Mit der Bombardierung serbischer Ziele bei Pale hat sich die von der Uno gerufene Nato wiederum als Kriegspartei betätigt. Das und dazu die parallel verlaufenden Versuche der Westmächte, gegen das Versprechen einer leichten Lockerung der Sanktionen die Republik Jugoslawien zur Anerkennung Bosniens zu bringen, dürften die bosnischen Serben dazu getrieben haben, den Krieg durch ihre Angriffe auf die UN-Einheiten weiter zu eskalieren.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Karl Lamers sprach sich in einem Interview im *Kölner Stadtanzeiger* (30.5.) dafür aus, der Belgrader Regierung eine weitergehende Aufhebung der Sanktionen in Aussicht zu stellen, wenn sie die bosnischen Serben zum Einlenken bringt. Doch selbst wenn das gelänge — Frieden ist solange nicht in Aussicht, solange auch nur eine einzige der jugoslawischen Kriegsparteien durch ausländische Mächte gestützt und ermuntert wird. In den letzten Tagen ist deutlich wie selten geworden, daß jede ausländische Einmischung den Krieg verlängert und verschärft.

Kann die massive militärische Intervention der Nato-Mächte nicht verhindert werden, dann droht ein großes Blutbad und die Eskalation weit über Bosnien hinaus. — (sc)

### DEMONSTRATION AM 17. JUNI IN BONN

### „Für eine demokratische und gerechte Lösung in Kurdistan!“



Die Organisationen der kurdischen Exilbevölkerung in der BRD wollen am 17. Juni in Bonn erneut mit einer Demonstration auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Der Verband der kurdischen Vereine, YEK-KOM, Komkar und die Kurdischen Gemeinden rufen auf. Bei Redaktionsschluß hatte die Mobilisierung zu der Aktion begonnen. Hier der Aufruf zu der Demonstration. — (rül)

ser Krieg eskaliert zunehmend. Die Bilanz dieses schmutzigen Krieges sind über 20000 Tote, 3000 zerstörte Dörfer, 3 Millionen Kriegsflüchtlinge, über 100 inhaftierte Schriftsteller und Intellektuelle ...

Dieser Krieg muß aufhören!

In Kurdistan muß es eine demokratische und gerechte Lösung geben!

Um der Forderung nach einer demokratischen und friedlichen Lösung in Kurdistan Nachdruck zu verleihen, führen alle kurdischen Organisationen gemeinsam am 17. Juni 1995 in Bonn eine Großdemonstration mit anschließender Kundgebung im Bonner Hofgarten durch. Wir rufen alle demokratischen Organisationen und Personen auf, diese Demonstration zu unterstützen.

Unterstützungserklärungen sollen geschickt werden an:

YEK-KOM,  
Von-Gall-Str. 2, 44807 Bochum,  
Tel.: 0234/541118, Fax: 0234/541194

# Parlamentarische Prüfung der Polizei ist nötig

**Bernward Boden zum Bericht von amnesty international über Polizeiübergriffe in Deutschland**

**N**un liegt er vor, der bereits angekündigte Bericht von amnesty international. 70 Fälle werden aufgelistet innerhalb eines begrenzten Zeitraumes der letzten ca. zwei Jahre. ai sagt damit, daß normalerweise Deutschland nicht zu den Ländern gehört, die von dieser Organisation dauerhaft zu einem Unrechtsstaat erklärt werden könnten. amnesty stellt konkrete und recherchierte Sachverhalte beispielhaft vor und schlußfolgert unter anderem, daß hier nicht mehr von Einzelfällen gesprochen werden kann, wie es Bundesinnenminister Kanther für den BGS unternimmt. Aus den Ländern ist die Reaktion eher zurückhaltend. Im amnesty-Bericht steht Berlin erschreckend oft. Das kann aber daran liegen, daß dort die Opfer mutiger oder ermutigter waren, als es andernorts vielleicht der Fall war. Amnesty stellt zu Recht fest, daß viele Polizeiopfer sich nicht trauen, Anzeige zu erstatten. Die Polizei greift sich ja nicht unvorhergesehenen Menschen von der Straße, der Regel fall ist derjenige, daß ein Anlaß für polizeiliche Maßnahmen vorlag (Zeugen, Beschuldigte, eine Tat, eine Gefahrenlage).

Auch dieser Bericht behauptet nicht, daß allgemein „die Polizei nur Übergriffe begeht“. Das wäre ebenso unsachlich verallgemeinernd wie unwahr. Die Schwelle der Berichterstattung von ai liegt im übrigen sowieso sehr hoch. Viele Opfer von staatlicher Diskriminierung legaler oder illegaler Art werden von der Öffentlichkeit niemals wahrge nommen. Auch amnesty international ist darauf angewiesen, daß sich entweder Opfer von Unrecht melden, sich Zeugen melden oder vielleicht sogar aus dem Bereich der Behörden Kontakt zu amnesty international gesucht wird und Sachverhalte damit überprüfbar werden. Das dürfte die Seltenheit sein.

Trotz des ausführlichen Reports erhält ai kalte Ablehnung seitens der Polizeigewerkschaften. Noch vor wenigen Monaten wurde z.B. die Ursache in der

angeblich schlechten Bezahlung von Polizisten gesucht oder mit Überarbeitung begründet. Selbst die mitgliedermäßig repräsentative GdP läßt durch ihren Vorsitzenden harsche Kritik an amnesty drucken. In Polizeikreisen wird manches still eingeräumt, doch im nächsten Satz sofort legitimiert.

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer PolizistInnen“ hingegen ermutigt ai, auch Fällen in Deutschland weiter nachzugehen, obwohl formal der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland alle drei Staatsgewalten zur gegenseitigen Kontrolle verpflichtet.

Wirkliche Kontrolle des polizeilichen Handelns erfolgt nur formaljuristisch oberflächlich. Ist die Personalienfeststellung nach dem Gesetz zulässig, durfte durchsucht werden, war die Handschelle angemessen, mußte die Festnahme erfolgen usw. Das läßt sich auch in Nachhinein nachvollziehen anhand des Ermittlungsvorgangs, den auch ein Verteidiger einsehen darf. Vorausgesetzt, der Mensch hat einen Verteidiger. Bei ausländischen Flüchtlingen sieht das oft anders aus, bei Ausländern insgesamt oft auch, vor allem bei ausländischen Flüchtlingen im Asylverfahren.

Wie ein Polizeibeamter seine „Maßnahme“ durchführt, ist nur von begleitenden „Kollegen“ zu beobachten. Wie sich eine Situation eskalieren läßt, wissen die Insider am besten, die in solchen Situationen Zeugen waren. „Kritische Polizisten“ werden nur durch Zufall Zeugen, wenn beispielsweise der Bundesgrenzschutz einen nackten, an Händen und Füßen gefesselten Mann mit Verletzungen auf den Fußboden eines Gewahrsamsdienstes wirft und ihn noch beschimpft. Oder eine Frau wird als Hure beschimpft und geohrfeigt. Oder eine Mutter meldet sich bei der Polizei, ihr Sohn sei zwar mit Drogensüchtigen zusammen und sie habe ein Problem mit ihm, aber warum denn die Polizei ihren Sohn ins Gesicht schlagen mußte, so daß selbst auf dem Polizeibild die schweren Verletzungen zu se-

hen sind ... An den Beispielen („Übereinstimmung mit tatsächlichen Begebenheiten müssen zufällig sein“) wird deutlich, daß am Anfang jeder Überprüfung von Gewalt im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen erstens zwei verschiedene Betrachtungswinkel vorliegen und zweitens nur Teilausschnitte einer Handlung dem unbeteiligten Zeugen bekannt werden. Die beteiligten Zeugen der Tat (hier: Polizeibeamte) sind insofern eher als Mittäter anzusehen. Und die werden alles andere tun, als den Haupttäter zu belasten. Entweder sie belasten sich selbst wegen des Zuschauens oder Mitmachens oder des nachträglichen Deckens, oder sie werden ausgesetzt.

Im Polizeidienst gibt es immer wieder schwierige „Lagen zu bewältigen“, und der Zwang ist ein legales Mittel zur Durchsetzung rechtmäßiger Maßnahmen. Dabei kann auch ein Fehler passieren. Für Fehler kann sich der Handelnde aber entschuldigen. Die Kernproblematik liegt dabei im politischen Klima und in der politischen Kontrollierbarkeit polizeilicher Macht, aber auch im individuellen Handeln der Beamten, in ihrer politisch-ethischen Haltung zum Menschenrecht, in ihrem Willen zur Einhaltung der Pflichten aus dem Grundgesetz.

Zurück zum amnesty-Bericht aus Mai 1995: Er ist aus meiner Sicht sowohl nachvollziehbar als auch konkret und lesenswert. Er ist ein Querschnitt, keine vollständige Auflistung, erhebt darauf auch keinen Anspruch. Der Bericht analysiert, gibt Beispiele, nennt Fakten, macht Vorschläge.

Die Schlußfolgerung: Wir fordern eine parlamentarische Überprüfung der Polizeiarbeit, nicht nur in den von ai genannten Fällen. Beamte, die nun zu dem Schluß kommen, ihre Zeugenaus sage wäre wichtig, sollten in einem Übergangszeitraum von Strafverfolgung wegen Begünstigung und Strafvereitelung im Amt dann freigestellt werden können, wenn sie jetzt sofort

auspacken, was sie erlebt und mitgetragen haben. Die Hamburger Vorfälle können nicht die einzigen dieser Art sein. Hamburger Polizeibeamte sind nicht besser und nicht schlechter als andere.

Die Forderung der „Kritischen PolizistInnen“ seit Jahren: Untersuchungsausschüsse auf kommunaler Ebene, Berichtspflicht an die Innen- und Rechtsausschüsse der Parlamente, Erfassung von Tatvorwürfen und Strafanzeigen im Rahmen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Wenn — wie gegenwärtig — „Ausländerkriminalität“ ein Erfassungskriterium in der Statistik ist, dann muß Kriminalität durch Bedienstete des Staates erst recht erfaßt werden. Polizeiübergriffe zerstören das Vertrauen in die rechtmäßige Arbeit des Staates. Ich bin amnesty für den Bericht dankbar und hoffe, daß daraus nicht der Schluß gezogen wird, alle Polizeibeamten beginnen Übergriffe. Bestätigen muß ich aber leider, daß jahrelang Machtmissbrauch und Gewalt öffentlich verharmlost wurden und werden.

Wir kritischen Polizisten arbeiten mit unserem geringen Mitgliederpotential daran, daß die Sensibilität für die Lage von Menschen, die mit Polizei zu tun haben, wächst und der Staat im eigenen — demokratischen — Sinne die Befugnisse der Polizei nicht überdehnt und damit heutige Übergriffe zu morgigem Polizeirecht umfunktioniert, wie das in den letzten 20 Jahren fortlaufend betrieben wurde. Wir brauchen dabei die Solidarität der Bevölkerung, den Dialog, die Diskussion, die sachliche Empörung. Wir sind Diener der, nicht Herrscher über die Menschenrechte und Verfassungsgrundsätze. Darauf haben wir einen Eid geschworen.

*Bernward Boden ist einer der Botsprecher der Arbeitsgemeinschaft Kritische PolizistInnen und Polizisten e.V. Sein Beitrag wurde aus Platzgründen gekürzt.*

## AKTUELL IN BONN

### Arbeitgeberbeitrag „einfrieren“?

CSU-Minister Seehofer bereitet einen neuen Angriff auf die Krankenversicherung vor. Auf dem 98. Ärztetag 1995 in Stuttgart kündigte der Minister an, bei der nächsten „Gesundheitsreform“ wolle er den Beitragssatz der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung gesetzlich einfrieren. Bisher gilt, daß die Kapitalisten 50% des Gesamtbeitrags zahlen müssen. Eine „Einfrierung“ des Arbeitgeberbeitrags bei gleichzeitig weiter steigendem „Arbeitnehmerbeitrag“ würde bedeuten, daß der Druck auf die Kapitalisten, den Verbleib der Arbeitskraft gering zu halten, um nicht noch höhere Krankenkassenbeiträge abführen zu müssen, weiter verringert wird.

### Hilfe für kranke Asylbewerber

Der 98. Ärztetag in Stuttgart hat das von der Bundesregierung vorgelegte sogenannte „Asylbewerberleistungsgesetz“ scharf kritisiert. Das Gesetz soll die ohnehin geringen Sozialleistungen für Flüchtlinge weiter einschränken, u.a. ist vorgesehen, daß Flüchtlinge nur noch bei „akuten Erkrankungen“ medizinisch behandelt werden. Dies haben die Delegierten des Ärztetags als „Eingriff in die medizinische Ethik und die

Menschlichkeit“ kritisiert. Die 250 Delegierten wandten sich auch gegen die im Gesetz vorgesehenen Röntgenuntersuchungen für jugendliche Asylbewerber, mit denen angeblich deren Alter festgestellt werden soll. Solche Untersuchungen böten keine zuverlässigen Daten, kritisierten die Delegierten.

### SPD zur „Sozialhilfereform“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dreßler, hat „Leitsätze“ zu der von der Bundesregierung für Sommer angekündigten „Sozialhilfereform“ vorgelegt. Ob die SPD daraus einen eigenen Gesetzentwurf machen wird (Seehofer will seinen Entwurf noch vor der Sommerpause vorlegen), ließ Dreßler offen. Dreßler will, daß Arbeitslosenhilfe, Pflegeversicherung, Kindergeld und Wohngeld so verbessert werden, daß dadurch die Ausgaben der Kommunen für Sozialhilfe verringert werden können. Der Regelsatz solle alle fünf Jahre neu bestimmt werden, dazwischen jährlich entsprechend der Preisentwicklung des jeweiligen „regelsatzrelevanten Verbrauchs“ angehoben werden. Ausgezahlt werden soll die Sozialhilfe auf ein Guthabenkonto bei Banken und Sparkassen, zu dem diese notfalls gesetzlich gezwungen werden müßten.

### Wieder gegen NS-Zwangsarbeiter

Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, die während des NS-Regimes als „Ostarbeiter“ im Deutschen Reich ausbeutet wurden, haben in der Regel keinen Anspruch auf Anrechnung dieser Zeit in der deutschen Rentenversicherung. Das hat jetzt das Bundessozialgericht in Kassel entschieden. Zwangsarbeit gelte nicht als „Ersatzzeit“ in der Rentenversicherung. Der gleiche „Rechtsgrundsatz“, so das Gericht, gelte auch für andere slawische Zwangsarbeiter, die aus rassistischen Gründen im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten mußten.

### Bundestag kleiner, Diäten rau

Die „Rechtsstellungskommission“ des Bundestags soll sich auf Grundsätze zur Verkleinerung des Bundestags und eine drastische Anhebung der Diäten verständigt haben. Das verlautete letzte Woche aus SPD und CDU/CSU. Diese Woche sollen die Vorschläge veröffentlicht werden. Die Kommission will vorschlagen, den Bundestag von bisher 656 Abgeordneten (328 in Wahlkreisen gewählt, 328 über Landeslisten) zu verkleinern, im wesentlichen durch eine Angleichung der Größe der Wahlkreise. Zugleich sollen die Diäten der Abgeord-

neten von 10500 DM auf künftig monatlich 14000 DM angehoben werden.

### Gesetz „gegen Korruption“

Das Land Berlin will auf der nächsten Bundesratssitzung am 2. Juni einen Gesetzentwurf zur schärferen Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Dienst vorlegen. Danach soll schon die bloße Annahme eines Vorteils ohne nachgewiesene Gegenleistung strafbar sein und mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden. Die Ermittlungsmethoden sollen erweitert werden — u.a. soll künftig Telefonüberwachung auch bei Korruptionsverdacht möglich werden.

### Was kommt demnächst?

Am 2. Juni berät der Bundestag über die Einsprüche des Bundesrats gegen den Bundeshaushalt 1995. Am gleichen Tag berät auch der Bundesrat. Am 6. Juni will die CDU/CSU-Fraktion das „Jahressteuergesetz 1996“ beraten. Am 11. Juni entscheiden die SPD-Mitglieder in Bremen über ihren Kandidaten für den Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Wedemeier. Einen Tag später tagt der SPD-Landesparteitag in Bremen. Am 16./17. Juni findet in Halifax (Kanada) der Weltwirtschaftsgipfel statt. Die nächste Sitzungswoche des Bundestags beginnt am 19. Juni.

# Lebenslange Strafe verletzt Menschenrechte

## Petition zur Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe dem Bundestag übergeben

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat dem Deutschen Bundestag am 18. Mai eine Petition zur Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe übergeben. Die Petition ist von 3276 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet und wird von dreizehn bundesweiten Organisationen getragen (siehe Kasten).

Das Grundrechte-Komitee hatte bereits in den Jahren 1993 und 1994 einen Anhörungsprozeß mit Expertinnen und Experten veranstaltet, der zu einem Manifest gegen die lebenslange Freiheitsstrafe führte. Dieses Manifest begründet auch die vorgelegte Petition.

Wir dokumentieren die Petition und Auszüge aus der Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe. – (rül)

### BAG-Straffälligenhilfe e. V. zur Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe

Gegenwärtig sind in der Bundesrepublik rund 1200 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilte Menschen in Haft. Das neuere Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Juni 1992, nach dem rechtzeitig vor dem nach 15 Haftjahren vorzunehmenden Prüfung der bedingten Entlassung die weitere Verbüßungszeit festzulegen ist, hat die Diskussion um das Für und Wider der lebenslangen Freiheitsstrafe neu entfacht. Erste Erfahrungen mit der neuen Rechtslage zeigen, daß die BVerfG-Entscheidung, nach dem das verurteilende Gericht die Schuld schwere und damit die Haftdauer festlegt, in der Rechtsanwendungspraxis weder zu der gewünschten Rechtssicherheit beigetragen noch Haftzeiten verkürzt hat:

Die Bedenken gegen die lebenslange Freiheitsstrafe in der Praxis der Straffälligenhilfe wachsen. Verschiedene Mitgliedsverbände der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) e.V. (der BAG-S, 1990 gegründet, gehören u.a. die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk und der Zentralwohlfahrtsverband der Juden in Deutschland e.V. an, d. Red.) und Fachzusammenschlüsse sprechen sich aus menschenrechtlichen, kriminologischen, theologischen und vollzugspraktischen Gründen inzwischen eindeutig für die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe aus...

**Die lebenslange Freiheitsstrafe wird den Opfern nicht gerecht**  
Sie kommt bei nicht wiedergutzumachenden Folgen einer Straftat zur Anwendung. Insofern gilt die Tatsache, daß das Strafrecht zum Zeitpunkt seiner Anwendung bereits versagt hat, für den Mord in besonderer Weise. Aber auch den Angehörigen eines Mordopfers wird die Verurteilung des Täters zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe

nicht gerecht, denn diese verstellt letztlich den Blick dafür, daß die Gesellschaft den Angehörigen bei der Bewältigung der Folgen ihres Leids keine Hilfe leistet. Ein solch schreckliches Geschehen wie ein Mord verlangt nach einem Recht, das soziale Solidarität mit dem Opfer und den betroffenen Angehörigen zeigt. Die im Strafrecht teilweise zu beobachtende Solidarität mit dem Opfer erschöpft sich in aller Regel in der Verurteilung des Täters...

### Die lebenslange Freiheitsstrafe ist vom Gesetzgeber in eine zeitige Freiheitsstrafe umzuwandeln

Damit würde der Gesetzgeber der ohnehin seit vielen Jahren zu beobachtenden Rechtspraxis folgen, denn faktisch verbüßt nur ein geringer Teil der zu „lebenslänglich“ Verurteilten tatsächlich eine lebenslange Freiheitsstrafe. Die durchschnittliche Haftdauer bei zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe Verurteilten beträgt in der Bundesrepublik etwa 20 Jahre und liegt damit über der durchschnittlichen Haftdauer bei wegen Mordes Verurteilten anderer europäischer Länder.

In Großbritannien liegt die Verbüßungsduer bei 9 bis 12 Jahren, in Belgien bei 10, in Frankreich bei 12 bis 14 Jahren, und in Holland wird sie nach 5 bis 6 Jahren in eine Zeitstrafe umgewandelt, die nach zwei Dritteln zur Bewährung ausgesetzt wird. Auch das Ministerkomitee des Europarates hat eine durchschnittliche Verbüßungszeit von nicht mehr als 8 bis 14 Jahren empfohlen

**Die lebenslange Freiheitsstrafe verhindert keine zukünftigen Straftaten**  
Ihre abschreckende Wirkung (negative Generalprävention) ist empirisch nicht zu belegen.



Die im Menschen stark verankerte Tötungshemmung wird nur durch außergewöhnliche Bedingungen außer Kraft gesetzt... Die Intention der sog. positiven Generalprävention, nämlich die Annahme des Bundesverfassungsgerichts, daß „die Androhung und Verhängung der lebenslangen Freiheitsstrafe für den Rang von Bedeutung ist, den das allgemeine Rechtsbewußtsein dem menschlichen Leben beimitzt“, kann durch Androhung einer zeitigen Freiheitsstrafe ebenso erreicht werden... Länder, in denen es die Todesstrafe gibt und in denen diese vollstreckt wird (z.B. die USA), haben eine weitaus höhere Mordrate als Länder, in denen dies nicht der Fall ist. In den USA hat man die Zahl der Gefangenen und die Zahl der Todesurteile in den vergangenen 10 Jahren mehr als verdoppelt. Die Gewaltkriminalität nahm parallel dazu um 44,5 % zu. In Schweden und den Niederlanden hingegen hat der Verzicht auf die lebenslange Freiheitsstrafe nicht zu einem Anstieg der Tötungsdelikte geführt...

Bonn, den 19.5.1995  
gez. Gabriele Kawamura, Geschäftsführerin, Dr. Richard Reindl, Vorsitzender

## Petition an den Deutschen Bundestag

**Wir fordern die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe.**

**Art. 102 Grundgesetz ist dementsprechend zu ergänzen:**  
**„Die Todesstrafe und die lebenslange Freiheitsstrafe sind abgeschafft“**

### Begründung:

**Die lebenslange Freiheitsstrafe verstößt gegen Grund- und Menschenrechte,** sie ist mit dem Grundsatz der Unantastbarkeit der Menschenwürde unvereinbar.

**Die lebenslange Freiheitsstrafe verstößt gegen den Grundsatz der Resozialisierung** (Wiedereingliederung in die Gesellschaft), der für alle Straftäter im Strafvollzugsgesetz festgeschrieben ist. Sie setzt eine Person der völligen Perspektivlosigkeit aus und bestreitet Lern- und Wandlungsfähigkeit des Menschen.

**Die lebenslange Freiheitsstrafe nützt nicht den Opfern.** Ein geschehener Mord kann nie wiedergutmachtet werden. Die Situation, in der er geschah, kann nicht mehr zurückgeholt werden. Den hinterbliebenen Opfern nützt die Verhängung der lebenslangen Freiheitsstrafe gegen die Täter nicht. Vielmehr müßte der Staat ihnen gegenüber umfassende und unbürokratische materielle und psychosoziale Opferhilfe leisten.

**Die lebenslange Freiheitsstrafe nützt der Gesellschaft nichts.** Die angeblich präventive Wirkung durch Abschreckung ist nicht zu belegen. In Gesellschaften, in denen die lebenslange Freiheitsstrafe abgeschafft wurde, haben Tötungsdelikte nicht zugenommen. Der Maßstab für die Anerkennung des Lebens als höchstem Wert wird nicht durch Strafrecht vermittelt.

**Alle langandauernden Freiheitsstrafen, insbesondere die lebenslange, schädigen dauerhaft die Täter.** Folgen langer Haftzeiten sind Desozialisierung (Verlust sozialer Fähigkeiten), Vereinsamung, Isolation, psychische Beschädigungen, Verlust von Selbstwahrnehmung und Selbstvertrauen, Verlust des Selbstwertgefühls, Verlust von Handlungskompetenzen und Eigenverantwortung, Vernichtung jeder ökonomischen Perspektive.

**Die lebenslange Freiheitsstrafe dient nicht der Aufarbeitung von Schuld.** Schon im Prozeß wird der Täter indirekt gedrängt, die Tat zu leugnen oder umzudeuten, um dem Strafmaß „Lebenslänglich“ zu entkommen. Der Täter wird damit nicht zur Übernahme von Verantwortung für eine konkrete Schuld ermutigt. Die Möglichkeiten für eine Aufarbeitung der Tat und der Schuld werden eher verstellt als eröffnet.

Im Zusammenhang mit der Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe, die immer im Fall des §211 Strafgesetzbuch (Mord) verhängt werden muß, muß dieser §211 selbst neu formuliert werden. Er beschreibt als einziger Paragraph des Strafgesetzbuches den Täter und nicht die Tat, stilisiert so den Täter zu einer nicht mehr wandlungsfähigen Mörder-Persönlichkeit. Außerdem sind die Tatbestandsmerkmale so zu fassen, daß es nicht mehr zu oft willkürlichen Verurteilungen einmal wegen Totschlags (Zeitstrafen) und einmal wegen Mordes (lebenslänglich) bei nahezu gleichen Tatvorgängen kommen kann.

**Die im Jahr 1982 eingeführte Vorschrift §57a des Strafgesetzbuches, der gemäß die lebenslange Freiheitsstrafe nach 15 Jahren unter bestimmten, sehr engen Voraussetzungen zur Bewährung ausgesetzt werden kann, ist keine Lösung.** Seitdem sind die durchschnittlichen Verbüßungsduern – entgegen manchen Erwartungen – länger geworden. Zum einen wird die Haft bei Feststellung „besonderer Schwere der Schuld“, für die es kaum einheitliche Kriterien gibt, fortgesetzt. Gleches gilt für den Fall einer negativen Gefährlichkeitsprognose, deren Erstellung wiederum klarer Kriterien entbehrt und die im Ergebnis oft höchst spekulativ ist. Zum anderen wird seit der Einführung des §57a StGB von der Gnadenmöglichkeit kaum noch Gebrauch gemacht. Jeder fünfte Lebenslängliche erlangt die Freiheit nie wieder.

**Insgesamt ist das Gefüge der langandauernden Freiheitsstrafen wegen ihrer negativen Folgeschäden neu zu ordnen.** Bei vielen Straftaten kann auf Gefängnisstrafen ganz verzichtet werden. Wo sie begründet belassen werden, dürfte das Strafmaß in keinem Falle zehn Jahre überschreiten.

### Die Petition wird von folgenden Organisationen unterstützt:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S); Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, SprecherInnenrat; Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen; Evangelische Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland; Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (e.V.); Humanistische Union e.V.; Jungdemokraten/Junke Linke, Bundesverband; Jungsozialisten in der SPD, Bundesverband; Katholische Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe; Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; Konferenz der katholischen Seelsorge bei den Justizvollzugsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland; Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV); Sektion Rechtspsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologen; Strafverteidigervereinigungen.

## Markus Wolf zur Karlsruher Entscheidung

Die Entscheidung des BVerfGs setzt ein ermutigendes Zeichen. Das Urteil beendet für einen Teil der von 6000 Verfahren Verfolgten eine lange Zeit der Ungewissheit, Diffamierung und Strafverfolgung. Allerdings nur für einen Teil.

Das Urteil sollte jeden zu Unrecht Verfolgten oder seiner Rechte Beraubten ermutigen, nicht aufzugeben und für sein Recht zu kämpfen.

Vor Kenntnis der Begründung des Urteils und dem Abschluß meines eigenen Verfahrens vermag ich nicht zu beurteilen, ob diese Entscheidung des BVerfGs, für die eine knappe Mehrheit der Richter fast vier Jahre benötigte, als Signal zur Beendigung des Kalten Krieges für die deutsche Justiz gesetzt ist und so verstanden wird. Die eigenen Erfahrungen mit der Verfolgungsbeseessenheit der mit der Agentenjagd befaßten Bundesanwälte mahnen zur Vorsicht. Einige haben bereits deutlich ausgesprochen, daß mit einem solchen Urteil des BVerfGs die Jagd unter Anwendung anderer Paragraphen weitergehen und der Druck zu Aussagen erhöht werden wird. Es ist meine Überzeugung, daß die Offiziere, die bisher an ihrer Auf-

fassung von Pflicht, Anstand und Ehre festgehalten haben, sich nun diesen Erpressungsversuchen noch weniger beugen werden.

Das Urteil des BVerfGs stellt den Politikern ein Armutszeugnis aus. Über den von diesem Urteil betroffenen Personenkreis waren den in der Bundesregierung vertretenen Parteien und den Parlamentariern der SPD die völkerrechtlichen und verfassungrechtlichen Bedenken gegen eine Strafverfolgung sehr wohl bekannt. Selbst der Vorsitzende des Gerichts in meinem Prozeß in Düsseldorf erklärte während der Beweisaufnahme, er hätte es lieber gesehen, der Gesetzgeber hätte in dieser Sache eine klare Entscheidung gefällt. Doch wie in vielen anderen Fällen ließ sich die Mehrheit der Parlamentarier des Bundestages nicht von Vernunft und Recht, sondern von populistischem Schießen auf eine im starken Maße geschürte Stimmung der Wähler leiten. Ein vorbereiteter Entwurf zur Strafvereitelung scheiterte an angeblich fehlender Akzeptanz. Die Folge ist, daß nach der Müh von fünf Jahren, nach Lasten und Opfern, auch für die Steuerzahler, die Justiz wieder hinter dem Punkt an-

gelangt ist, an dem sie nach dem Einigungsvertrag praktisch in den Dienst der Abrechnung mit dem untergegangenen Staat gestellt worden ist. Es gereicht den Verfassungsrichtern, die dieses Urteil fällten, den Richtern des Berliner Kammergerichts und der großen Anzahl von Rechtswissenschaftlern zur Ehre, daß sie mit ihrer Rechtsauffassung den Politikern, das heißt dem Gesetzgeber, Signale für den Weg zum inneren Frieden im Zeichen der Beendigung des Kalten Krieges gesetzt haben.

Den Kalten Krieg zu beenden und die Gleichheit vor dem Gesetz herzustellen, bedeutet unter anderem, auch jenen Bundesbürgern, die vom Urteil des BVerfGs nicht erfaßt sind, die sich für die DDR eingesetzt haben und die vor und nach 1990 als Spione verurteilt worden sind, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Denselben Anspruch haben die mehr als 100000 Bürger der alten Bundesrepublik, die in den 50er



und 60er Jahren Opfer politischer Strafverfahren wurden. Den widerrechtlichen Umgang mit der DDR zu beenden heißt, das Rentenstrafrecht abzuschaffen, die dem Völkerrecht hohnsprechenden, nur scheinbar auf der Grundlage des DDR-Rechts angestrengten Verfahren gegen Hoheitsträger der DDR einzustellen und die gesamte Diskriminierung von DDR-Bürgern zu beseitigen.

Berlin, 23. Mai 1995

## Über Siegerjustiz, BRD- und DDR-Spione

**Klaus Eichner zu ersten Reaktionen auf das Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts**

Das oberste Gericht der Bundesrepublik hat nach vier Jahren eine Entscheidung getroffen, mit der zumindest die Strafverfolgung der in den Auslandsnachrichtendiensten der DDR tätig gewesenen hauptamtlichen Mitarbeiter als Verletzung des Grundgesetzes bewertet wird. In der bisher bekanntgewordenen Begründung dafür – Verletzung der Verhältnismäßigkeit – spürt man das Zähnekirschen der Richter des BVerfG. Außerdem ist das Ergebnis mit 5:3 Stimmen denkbar knapp ausgefallen.

Die Entscheidung enthält auch verschiedene juristische Fallstricke, die eine Fortsetzung der Verfolgungspraxis, zumindest keine endgültige Einstellung, gewährleisten sollen. Aber sie bringt für viele der durch die mehr als 6000 Ermittlungsverfahren Betroffenen und ihre Angehörigen doch eine Erleichterung.

Gerade deshalb inszenieren wohl einige Politiker und entsprechende Medien wiederum einen „Aufschrei der Nation“, indem sie wider besseres Wissen die alten Klischees bedienen: generelle „Stasi“-Amnestie, Verhöhnung der Opfer und was sonst noch so in ihren Gebläsmühlen gespeichert ist. Mit der gleichen Argumentation hatten 1990 insbesondere die SPD-Führung, ostdeutsche SPD-Abgeordnete und Vertreter der Bürgerbewegung den von der Regierungskoalition eingebrachten Gesetzentwurf zur Straffreistellung der Tätigkeit der Mitarbeiter der Auslandsspionage der DDR – eine als Bestandteil des Einigungsvertrages vereinbarte Regelung zur Verhinderung einer Strafverfolgung – zu Fall gebracht. Heute melden sich die gleichen Kräfte – im trauten Verein mit CSU- und CDU-Politikern – wiederum zu Wort. Diese Kämpfer für „Demokratie und Recht“ akzeptieren offensichtlich die von ihnen so sehnlichst angestrebte Rechtsordnung



der BRD auch nur, wenn sie nach ihren Vorstellungen entscheidet, d.h. wenn sie bestimmten politischen Vorgaben folgt. Haben sie diese Position schon einmal zu Ende gedacht?

Mit keinem Wort erwähnen sie, daß Karlsruhe die weitere Strafverfolgung der Bürger der alten BRD, die für die Auslandsnachrichtendienste der DDR tätig waren, für rechtens hält. Im Unterschied zu den meisten Vertretern der Bürgerbewegung der DDR, die heute im Namen der „Opfer“ sprechen, haben diese „Kundschafter des Friedens“, wie sie sich auch heute noch berechtigt bezeichnen, nach 1990 jahrelange Haft erlitten, z.T. unter monatelanger Isolationsfolter, ihnen und ihren Familien ist ihre soziale Existenzgrundlage auf Dauer genommen. Nach dem Willen der Karlsruher Richter soll diese Verfolgungspraxis weitergehen.

Ja, die Vertreter von Staats- und Verfassungsschutz triumphieren schon: *Jetzt kann man die ehemaligen Mitarbeiter der Auslandsspionage der DDR zwingen – notfalls mit Strafgefall oder Beugehaft –, alles über ihre früheren Quellen auszusagen*. Sie können sich nun nicht mehr auf die Strafprozeßordnung berufen, die ihnen dann ein Aussageverweigerungsrecht zugestellt, wenn die Gefahr besteht, daß sie sich selbst belasten. Die Generalbundesanwaltschaft will damit auch noch den letzten Kontaktpartner der DDR-Auslandsaufklärung vor Gericht zerren.

Markus Wolf hat diesen „Jagdbesessen“ in seiner Erklärung vom 23. Mai 1995 die Antwort bereits gegeben: „Es ist meine Überzeugung, daß die Offiziere, die bisher an ihrer Auffassung von Pflicht, Anstand und Ehre festgehalten haben, sich nun diesen Erpressungsver-

suchen noch weniger beugen werden.“

Im Unterschied zu dieser Verfolgungspraxis werden auf der Grundlage des sogenannten „2. SED-Unrechtsbeleidigungsgesetzes“ DDR-Bürger, die als Spione, Terroristen, Brandstifter und Mörder für westliche Geheimdienste und gemeingefährliche, geheimdienstlich gesteuerte Agentenorganisationen Verbrechen gegen die DDR begangen haben, rehabilitiert. Nicht genug damit. Im Gegenzug verurteilt die BRD-Justiz die in diesen Verfahren tätig gewesenen Richter und Staatsanwälte wegen „Rechtsbeugung“. Das ist weder den Richtern in Karlsruhe – auch unter dem ihnen so wichtigen Gesichtspunkt der „Verhältnismäßigkeit“ – noch den Kritikern ihrer Entscheidung eine Überlegung wert. Es ist ja ihre Siegerjustiz, die da agiert – und das unter dem Anspruch, für Menschenrecht und Menschenwürde einzutreten.

Auch diese lang erwartete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes beweist wieder einmal, daß eine von allen aus unterschiedlichen Motiven geforderte „Aufarbeitung der Geschichte“ mit juristischen Mitteln nicht möglich ist – diese sogar immer wieder verhindert. Es sind politische Entscheidungen gefragt, die nun endlich der einzigen historischen Situation der Beendigung der Blockkonfrontation und des kalten Krieges gerecht werden und nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten und gezielten Medienkampagnen den kalten Nachkrieg weiter verschärfen. In diesem Sinne sollten alle Parteien das Urteil von Karlsruhe kritisch verarbeiten und daraus eine konkrete Politik im Interesse der Menschen und nicht im Interesse der Rache entwickeln.

**Klaus Eichner ist Sprecher des „Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS“**

Die türkische Transportarbeiter-Gewerkschaft Tümtis hatte um internationale Unterstützung gebeten, um die gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai in der Türkei auch gegen Verbotsdrohungen und Schikanen des türkischen Staatsapparats durchführen zu können. Ein Kreis von türkischen und deutschen Kollegen aus Stuttgarter und Heilbronner Metallbetrieben unterstützte diese Initiative.

In Grußadressen des DGB-Kreises Stuttgart-Böblingen und des IG-Metall-Ortsfrauen-Ausschusses Stuttgart sowie von der IG-Metall-Verwaltungsstelle Heilbronn kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter verschiedener Nationen mehr verbindet als die Lohnarbeit: der gemeinsame Kampf in internationaler Solidarität. Aus der DGB-Grußadresse:

„Anlässlich des 1. Mai 1995, dem Internationalen Tag der Arbeiterbewegung, möchte ich Euch unsere solidarischen Grüße übermitteln. Wir tun dies in dem Wissen, daß die Arbeit und der Kampf der Gewerkschaften in Eurem Land weitaus härter ist und immer mit der Gefahr um das eigene Leben verbunden ist ... Die Delegation von Gewerkschaftern, die in diesen Tagen bei Euch ist, soll unterstreichen, daß wir, die deutschen Gewerkschaften, hinter Euren Forderungen stehen ... Eure türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen, die bei uns in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten, oftmals weil dies in ihrer Heimat ihnen verwehrt wird, sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gewerkschaftsbewegung, auf den wir nicht verzichten wollen. Dies gilt auch für alle ausländischen Menschen, die in unserem Land wohnen ... Wenn unter Zuhilfenahme deutscher Waffen gegen die kurdische Minderheit in der Türkei vorgegangen wird, so ist dies nicht in unserem Sinne und auch nicht gewollt.“

Schließlich flogen von Stuttgart/Heilbronn 7 Kollegen und ich als Kollegin aus den Betrieben Porsche, Bosch, Hansa, Lapp und Audi — alle nach einer normalen Arbeitswoche und ohne die nötige „Einstimmung“ — nach Istanbul. Dort angekommen, vergrößerte sich unsere Reisegruppe um drei englische/irische Kollegen. Die ankommenen griechischen Kollegen tun ein Weiteres zur Internationalisierung. Insgesamt werden es 31 „Internationale“ sein, die dem Tümtis-Aufruf gefolgt sind. Es wird festgelegt, daß wir uns in drei Gruppen aufteilen, je eine für Istanbul, Izmir und Zonguldak. Mir ist klar, daß Istanbul am 1. Mai sehr beeindruckend sein wird.

Doch ich habe nur den einen Gedanken: Zonguldak und all das, was sich damit verbindet. Vor mir habe ich hauptsächlich das Bild, das der Zeitung *Cumhuriyet* entnommen war, über den Marsch aus der Bergarbeiterstadt auf Ankara, den 6 Kilometer langen Menschenkonvoi vom 11. Januar 1991. Von damals, als es hier wie eine Bombe einschlug: Arbeiterwiderstand in der Türkei gegen den Krieg am Golf.

Wir fahren acht Stunden mit dem Bus. Bei Morgengrauen am 1. Mai kommen wir am Schwarzen Meer an. Die ersten Zechen liegen direkt am Strand. Die Felsen an der Küste und der Sandstrand sind total schwarz. Wir werden am Busbahnhof abgeholt und fahren durch die Stadt. Ich bin völlig überrascht.

Zonguldak liegt auf vielen Hügeln, die gänzlich begrünt sind. Von der Stadt aus sieht man überhaupt keine Schachtanlagen. Die sind alle in den Hügeln. Uns wird erzählt, daß aber viele der Häuser in den Wohnsiedlungen der Arbeiter einsturzgefährdet, sind wegen der Unterminierung, und daß sie geräumt werden müssen.

Wir fahren in eine Arbeitersiedlung zum Haus eines Bergarbeiters. Wir kön-

nen uns dort kurz ausstrecken, dann gibt's reichhaltiges Frühstück. Der Kumpel erzählt, daß er unbezahlte freinnehmen mußte, denn der 1. Mai ist ein ganz normaler Arbeitstag. Seine beiden Söhne freuen sich über unsere Mithilfe, Luftballons und IG-Metall-Kappen.

### Besuch in einer Bergarbeiterfamilie

Die Frau sieht mich immer wieder an und erzählt, daß sie auch so gerne arbeiten würde, aber für Frauen gebe es keinen Arbeitsplatz in dieser Region. Sie sprüht förmlich vor Unternehmungslust. Als wir dann aufbrechen, hängt sie sich bei mir ein. Wir gehen durch die Stadt, vorbei am MHP-Haus, wo einige Faschisten („Graue Wölfe“) am Balkon sitzen. Alle Häuser wirken heruntergekommen.

Im Eiltempo werden wir in ein Haus gebracht. Es gehört der Lehrergewerkschaft. Viele Räume, wo ein Kommen



## Am 1. Mai 1995 in Zonguldak (Türkei)

### Brigitte Renkl über eine Gewerkschaftsdelegation

und Gehen ist; eng auf eng sitzen wir dort und werden mit Tee bewirtet. Begrüßung auf beiden Seiten. Der Vorsitzende kommt atemlos und entschuldigt sich für Anzug und Krawatte. Er kommt gerade vom Unterricht, und diese Kleiderordnung sei vorgeschriften. Immer wieder drängen Neuangekommene in die Tür, wohlwollend werden wir begutachtet, befragt, es wird uns zugelacht. Bald wird zum Aufbruch gedrängt. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst erwartet uns. Wieder ein Haus mit vielen Räumen, wo die Kollegen sitzen, teils uns erwarten, teils aber auch die Zeit überbrücken bis zur Demonstration, ein unruhiges Warten. Der Vorsitzende begrüßt uns, wir werden in ein Zimmer geführt, und bald erscheinen Fernsehreporter. Da wir sehr überrascht und unvorbereitet sind, vergeht unnütze Zeit mit Abstimmung und den Verständigungsschwierigkeiten unter uns. Schließlich wieder eiliger Aufbruch. Die Bergarbeitergewerkschaft erwartet uns. Im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaftshäusern hier ein Hochglanzpalast, mit Aufzug. Wir werden in einen riesigen Raum gebracht mit Lederpolstern, vorne am großen Schreibtisch der Vorsitzende, der kaum aufschaut und nur ganz in Schriftstücke vertieft seine Unterschrift setzt. Er habe wenig Zeit, wir könnten ja dann am Abend noch sprechen, die Zeit drängt, wir müßten zum Abmarschplatz. Wir brechen auf.

Ein riesiges Polizeiaufgebot erwartet uns. Der Abmarschplatz der Demonstration ist hermetisch abgeriegelt. Jeder wird kontrolliert, Leibesvisitation, Taschen werden gefilzt, Transparente müssen aufgemacht werden. Flugblätter und Lösungen auf den Transparenten mußten zuvor beim Gouverneur vor-

gelegt werden zur Genehmigung. Als ich durch die Schleuse durch bin, bleibe ich einige Zeit noch stehen, um mir das Genehmigungsverfahren anzusehen. Der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft verhandelt mit der Polizei. Ich war wohl zu lange stehengeblieben. „Ihren Paß!“, herrscht mich ein Polizist an. Ähnlich ergeht es einem griechischen und englischen Kollegen, die wohl zu offensichtlich das Treiben der Polizei fotografiert haben. Zähneknirschend geben sie uns die Pässe zurück. Mehr trauen sie sich nicht. Doch ich merke, wie sie uns mit bösen Augen folgen, als uns die Demonstranten lautstark begrüßen. Die Kolleginnen und Kollegen machen sich und uns immer wieder Mut, indem sie Sprüche skandieren, eine Frauengruppe, die Lieder singt, eine Jugendgruppe, die internationale Lieder zum Besten gibt, Tänze werden aufgeführt, es ist immerfort was los. Auch die IG Metall hat Hochkonjunktur.

Nicht nur, daß ich eine Fahne trage, wir verteilen auch die roten Kappen, die

von der Arbeit kamen, einer Arbeit, die unter Tage nicht nur alles abverlangt, sondern die ständig Menschenleben fordert, weil die Zechen total heruntergekommen sind, nichts an Sicherheitsmaßnahmen getroffen wird, 37 Tote erst im März 1990/91: Die Bergwerke sollten privatisiert werden, die Kumpels schufteten für Wasser und Brot wegen der riesigen Inflationsrate. Und die kam von der Verschuldung der Türkei an den IWF und die Großmächte, allen voran Deutschland. Sie kam von den wahnwitzigen großtürkischen Vorstellungen, die sich im Krieg gegen das kurdische Volk niederschlagen und in der Beteiligung der Türkei als Aufmarschgebiet gegen den Irak.

Sie streikten über 50 Tage. Als alles nichts nützte: der Marsch auf Ankara. Die ganze Region machte sich auf, mit Frauen und Kindern, hunderttausend wollten nach Ankara und Krieg gegen Özal führen. Der hatte Soldaten eingesetzt und Sperren errichten lassen. Die Menschenmenge ließ sich nicht einschüchtern. Erst als die Gewerkschaftsführung in Verhandlungen trat, waren die Demonstranten zum Rückzug bereit. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft hatte inzwischen die Gewerkschaftskasse mitgehen lassen und war mit einem Jaguar aus Zonguldak entchwunden. Er ist in den Gewerkschaftsdachverband die Türk-Is aufgerückt, der noch von nationalistischen Kräften beherrscht wird, aber auch den demokratischen, antifaschistischen Kräften als Organisation dient.

Von 1991 bis heute wurde von über 40000 Bergarbeitern in Zonguldak knapp die Hälfte entlassen. Und nun wieder eine 1.-Mai-Demonstration, die erste, die von einer gemeinsamen Plattform verschiedener Gewerkschaften und politischen Organisationen getragen wird. Ein großer Fortschritt, wird uns erzählt.

### Grußadresse auf der Abschlußkundgebung

Während wir am Podium plaziert werden, begrüßt der Redner jede Gruppe, jedes Transparent lautstark. Und am Platz, in den Häusern Polizei über Polizei. Reden werden gehalten. Die Zuhörer unterbrechen immer wieder mit Sprechchören, mit kurdischen und türkischen Tänzen. Dann am Schluß sind wir dran. Noch in Istanbul hatten wir eine gemeinsame Erklärung ausgearbeitet, die den internationalen Charakter unseres Auftretens zum Inhalt hat. Ich trete ans Mikrofon und werde erstmal mit Sprechchören: Hoch die internationale Solidarität (auch auf deutsch!) begrüßt. Dann verlese ich die Erklärung — sie wird von unserem Lapp-Kollegen Nurettin anschließend in türkisch vorgetragen. Besondere Aufmerksamkeit und Freude wird immer dann deutlich, wenn wir die türkischen und die kurdischen Arbeiter ansprechen. Ich schließe auf türkisch: „Yasasin bir mayis (Es lebe der 1. Mai)! Is, ekmek, özgürlük (Brot, Arbeit, Frieden)!“ Der Beifall ist riesig. Ich werde zu einer Tanzgruppe buchstäblich hingezogen. Ich tanze gemeinsam mit den Frauen, wir skandieren Sprechchöre.

Die Menge hat die Transparente eingeroilt, unser englischer Kollege ruft weiter Parolen, doch alles verläßt den Platz. Plötzlich kommen an die 30 Polizisten auf uns zu, die Einsatzleiter der Gewerkschaften treten dazwischen, sie machen uns klar, daß um 19 Uhr die Erlaubnis für die halblegale 1.-Mai-Kundgebung abgelaufen ist. Im Eilschritt werden wir zu einem Gewerkschaftshaus gebracht, geschützt durch viele Kollegen ...

(aus Platzgründen geringfügig gekürzt)



# Von fiktivem Kapital und wirklicher Arbeit

Nach dem Zusammenbruch der Barings-Bank. Nachdruck aus: KAZ Nr. 265

Der Zusammenbruch der Barings Bank zu London — gemeinhin wird diese altgewordene Kuppelmutter des britischen Kolonialismus als ehrwürdig bezeichnet — hat Gefühle geweckt. Die Königin von England rührte fast zu Tränen, als sich ihr so sauer verdientes Geld einfach verflüchtigte. Der Name Nick Leeson ließ Schauder über manche Rücken gehen. Dieser Zauberlehrling, der Milliarden nicht im Koffer, sondern am Computer bewegt hatte und dem noch vor kurzem Hosianas geflötet wurden.

Da erheben die Soliden, dem Althergebrachten verpflichtet, warnend den Zeigefinger: Es ist halt risikoreich, wenn so uferlos spekuliert wird, nicht mehr einfach mit Aktien und Wertpapieren, mit Dollars, Pfund, mit Gold, mit Öl, sondern mit Derivaten, also mit Einschätzungen über die zukünftige Entwicklung der Preise von Waren, Aktien und Wertpapieren, von Währungen, aber auch der Entwicklung von ganzen Aktienindizes (z.B. Dow Jones, Nikkei, DAX). Und das auch noch so jungen Schnöseln überlassen! Die *Wirtschaftswoche* schob auch gleich noch einen Artikel nach über die Psychologie von Wertpapierhändlern.

## Eiertanz um „Put“ und „Call“

Die unkontrollierbaren Börsen-Yuppies, die Computer mit geheimnisvollen Programmen, basierend auf Modellen der höheren Mathematik, die sekunden schnelle Übertragung von Nachrichten zwischen den Finanzplätzen durch neue Kommunikationswege werden als Erklärungsmuster — diesmal für die Pleite — herangezogen. Vordem waren die gleichen Faktoren herangezogen worden für den unaufhaltsamen Fortschritt: die Yuppies für die Modernität und Lebendigkeit des Marktes, die Computer für die Berechenbarkeit der Entwicklung und die Kommunikation für das Zusammenwachsen dieser unserer Erde. Gleiche Ursachen — völlig entgegengesetzte Wirkungen.

Wie ein Fetisch erscheint der Finanzmarkt, der nach letztlich unerfindlichen Gründen Wohl und Wehe verteilt. Anbetung und Unterwerfung sind verlangt. Esoteriker finden hier ein weites Feld zum Nachschieben: Lauf der Sterne, terrestrische Ströme ... Roulette scheint demgegenüber geradezu als Idylle der Berechenbarkeit. Was ist „Rot“ und „Schwarz“ schon gegen „Put“ und „Call“?! Hier wird die Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung gehandelt. Die Zukunftsbeurteilung ganzer Unternehmen, Länder und Erdteile als Ware gehandelt — ein bombastisches Schauspiel mit allen Facetten von Farce und Tragödie. Je unsicherer die Gegenwart, desto größer das Bestreben, wenigstens die Zukunft zu sichern.

## Die Organisierung der Anarchie

Nicht daß der Kapitalismus je berechenbar gewesen wäre. Arbeit und Arbeitslosigkeit, Belebung, Aufschwung, Krise, Depression, Aufblühen und Verödung ganzer Landstriche, Frieden und Krieg sind seine Begleiter. Genauso wie die Versuche des Kapitals, dieses Schlamassels durch höhere Organisiertheit, durch höhere Vergesellschaftung Herr zu werden: Monopol und Imperialismus

erwachsen aus der Konkurrenz, die Unterordnung des Staats unter die Monopole, das ständige Eingreifen des Staates in die Wirtschaft, Abkommen und Bündnisse zwischen den Staaten. Das sind Antworten des Kapitalismus selbst auf die von ihm produzierte Anarchie. Alles zum Zweck nicht etwa der Überwindung des Kapitalismus, sondern zur Aufrechterhaltung und Sicherung der privaten Aneignung, der Aneignung des globalen Reichtums durch die Besitzer und Herren der Produktionsmittel. Dafür wurden nicht zuletzt zwei imperialistische Weltkriege geführt — Kriege als der höchste Ausdruck kapitalistischer Vergesellschaftung und Organisiertheit.

Aufteilung der imperialistischen Welt, — eine relativ sichere Kontrolle der Waren-, Kapital-, Waffen- und Menschenströme.

## Entwicklungssprünge der Finanzmärkte vor 1989

Der Wegfall dieser Konstanten hat die bereits vorhandenen Tendenzen zu Instabilität und Unsicherheit des monopolkapitalistischen Systems verstärkt. Bruchstellen in der Entwicklung vor 1989 waren:

○ Der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods<sup>2</sup> 1969/71, als die Bindung des Dollars an das Gold ge-

ternehmen wie VW, Termingeschäfte über den zukünftigen Kurs als Form der Absicherung gegen die Währungsschwankungen („Hedging“) abzuschließen (hat VW z. B. für 10 Mio. Dollar Autos in die USA geliefert, dann ist bei Zahlung durch den US-Kunden nach drei Monaten das Risiko vorhanden, daß der Dollar um z. B. 10 % gefallen ist und damit für VW die 10 Mio. Dollar einen um 10 % gesunkenen DM-Wert haben). Die Schaffung von sog. Sonderrechte durch den IWF zunächst als Mittel für den kurzfristigen Ausgleich von Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Mitgliedsstaaten. Damit weitere Erhöhung der international umlaufenden Gelder.

○ Die Erhöhungen des Preises für Erdöl durch die OPEC-Staaten im Verein mit dem Kartell der Erdöl-Monopole 1973.

**Folgen:** Umlenkung von riesigen Geldströmen durch die Buchhaltung der OPEC-Länder und ihr weitgehender Rücktransfer vor allem in die imperialistischen Länder („Petrodollars“). Weder in den OPEC-Ländern noch in den Industrieländern waren genügend profitable Anlagemöglichkeiten in Produktion und Handel vorhanden. Milliarden suchten nach Verwertung. Die Gelder flossen überwiegend in Aktien, Wertpapiere, in Grundstückskäufe und Ausweitung des Luxuskonsums.

○ 1974/76 erste gleichzeitige Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg in allen imperialistischen Ländern. Krise nicht wegen des Erdöls, sondern wegen (relativer) Überproduktion und zuviel angehäuften Kapital. In den folgenden Jahren beginnt die Welle des Kapitalexports vor allem aus der BRD und Japan, zunächst zur Befestigung ihrer Stellungen in den anderen imperialistischen Ländern.

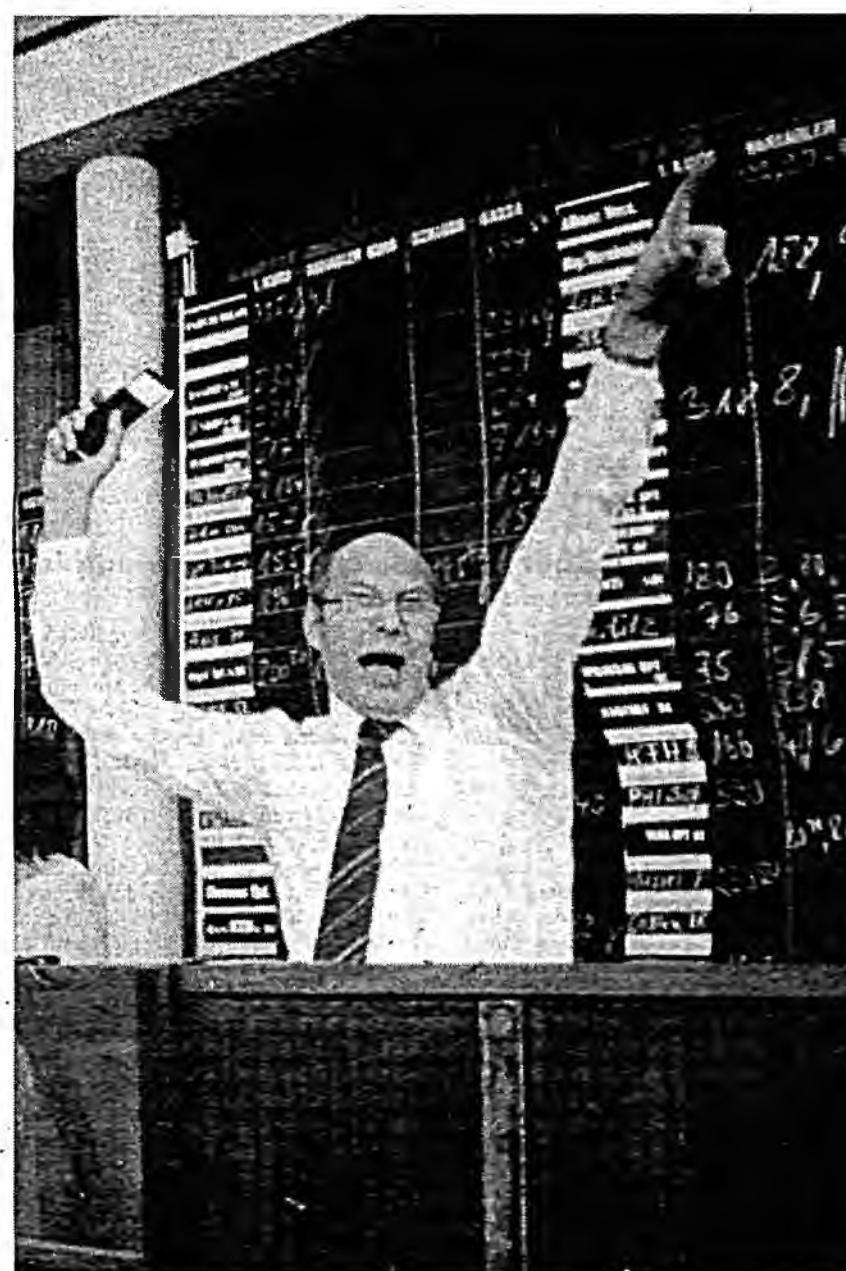
**Folgen:** Enorm wachsende Verschuldung der Staatshaushalte in den imperialistischen Ländern zur Sanierung der Monopole und zum vorbeugenden Verhindern von Unruhen aufgrund der massiv gestiegenen Erwerbslosigkeit. Zur Kreditaufnahme werden in großem Umfang staatliche Wertpapiere herausgegeben bzw. direkt bei Großbanken Kredite aufgenommen. Die Banken wiederum holen die Gelder auf den internationalen Finanzmärkten, die sich inzwischen auch in Asien etabliert haben. Ab dieser Zeit beginnt sich auch das Phänomen zu entwickeln, daß einige Monopole ihre Profite zu einem Teil nicht mehr in Ausrüstungen, „ins Unternehmen“ stecken, sondern diese Mittel in Wertpapieren anlegen („Kriegskasse“: z. B. beginnt Siemens, sich den Ruf zu erwerben, Bank mit angeschlossenem Elektroladen zu sein). Diese Mittel werden z. T. genutzt, um andere Firmen aufzukaufen zu immer gigantischen Summen. (Inzwischen werden für die Übernahme von Chrysler 23 Milliarden Dollar geboten. Aber auch schon davor haben Firmen zu elfstelligen Beträgen die Besitzer gewechselt.) Durch

kappt wurde.

In der Folge wurde das System fester Wechselkurse zwischen den einzelnen Währungen aufgegeben, der Dollarkurs wurde freigegeben.

**Ursachen:** der wachsende Widerstand gegen den Weltpolizisten USA, allen voran das kämpfende vietnamesische Volk. Der ökonomische Wiederaufstieg des deutschen und japanischen Imperialismus.

**Folgen** auf dem Gebiet der Finanzmärkte: explosionsartige Entwicklung der Eurodollarbörsen als Ausdruck hoher Handelsüberschüsse vor allem Japans und der BRD gegenüber den USA. Die Schwankungen des Dollar- kurses zwingen z. B. exportlastige Un-



## 1989 — Ende relativ Stabilität

Nach 40 Jahren relativ friedlicher und stabiler Entwicklung in Europa und in den imperialistischen Ländern sind mit der Auflösung der Sowjetunion und mit dem Zerfall der Nachkriegsordnung von Jalta — fortschreitend seit 1989 — einstmalige, über 40 Jahre wirksame Konstanten weggefallen.

Dazu gehörten:

- das relativ kalkulierbare Handeln der RGW-Länder in der internationalen Politik und auf den Weltmärkten;
- eine relativ stabile territoriale, politische, militärische und wirtschaftliche

offen erklärt als Programm zur endgültigen Beseitigung des „Reichs des Bösen“, der Sowjetunion.

**Folgen:** Das Haushaltsdefizit der USA wächst in astronomische Höhen. Es wird durch Schuldenmachen im In- und Ausland finanziert. Das Handelsdefizit (mehr Importe als Exporte) der USA schwollt progressiv an und erreicht zeitweise die Dimension des gesamten Exports der BRD. Die Masse der international umlaufenden und gehandelten Wertpapiere auf Dollar erhält einen gewaltigen Schub. Der Kurs des Dollar steigt (denn die Staatspapiere der USA laufen auf Dollar; wer sie kaufen will, muß vorher Dollars nachgefragt haben). Durch die gestiegenen Zinsen (denn die USA müssen schon etwas bieten, damit ihre Staatspapiere gekauft werden) und den gestiegenen Dollarkurs werden zahlreiche der Entwicklungsländer zahlungsunfähig. Die Unsicherheit an den Devisenmärkten und internationalen Finanzmärkten steigt.

Durch die Kapitalflucht aus diesen Ländern, die ein relevantes Ausmaß annimmt, wird das Volumen der internationalen Finanzmärkte weiter ausgeweitet. Ebenso: Unter der Devise „Sicherung der Staatshaushalte“ (Austerität-Politik) beginnt in den kapitalistischen Ländern eine Welle von Steuererhöhungen. Dort, wo sie überhaupt die Reichen treffen, verlagern sie ihre Geld auf die internationalen Finanzmärkte – Steuerflucht.

#### Garnicht mehr so unverständlich

Dieser kurze Rückblick sollte hinter dem Fetisch „Geldmarkt“ die wesentlichen realen, gar nicht mehr so unverständlichen Faktoren aufzeigen, die zum Anwachsen dieser unvorstellbaren Beträge an den internationalen Finanzmärkten geführt haben. 1993 betrug das Volumen des Handels allein mit Derivaten 224 Billionen Dollar (also etwa das 100fache der deutschen Staatsverschuldung).

#### Zusammenfassung

○ Die sich auftürmende Staatsschuld im Zuge der gewachsenen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mit chronischer Massenarbeitslosigkeit, der Verschärfung der internationalen Konkurrenz und des Zwangs zur Neuauftteilung der Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußsphären unter die imperialistischen Mächte und die internationalen Monopole.

○ Die nicht in produktives Kapital verwandelten Gelder in der Hand großer Monopole („Kriegskassen“)

○ Der Zwang zur Risikoabsicherung gegenüber Währungsschwankungen durch die Monopole

○ Kapital- und Steuerflucht

○ Nicht unerwähnt bleiben sollen die Gelder aus auch nach bürgerlichen Maßstäben kriminellen Operationen: Gelder aus Drogenhandel, illegalen Waffengeschäften u.ä. Sie sind vehement angewachsen, aber in ihrer relativen Bedeutung für die internationalen Finanzmärkte werden sie im allgemeinen erheblich überschätzt.

#### Die Hauptakteure auf den Finanzmärkten

Auch die Hauptakteure sind dem Leser nicht ganz so unbekannt. Es ist nicht der kleine Wurschtel mit ein paar zigtausend Mark an Erbschaft oder ein paar tausend Börsenmakler à la Nick Leeson oder die Computer oder ... Die Hauptakteure sind Großbanken, die Großbankenkunden wie Monopole, Staats-

ten etc. bedienen. Ohne sie geschieht (fast) nichts an den internationalen Finanzmärkten. Kleinere Privatbanken wie Barings füllen dagegen „nur“ die Poren des Marktes mit den Vermögen großer Privatkunden, deren individueller Beratung und dem besonderen Schutz vor den Augen des großen Publikums. Dazu fungieren sie gelegentlich als Makler und Vermittler zwischen den Großbanken oder zum „Einfädeln“ von Geschäften, die in der Anbahnung einer besonderen Geheimhaltung bedürfen.

Der Widerspruch zwischen dem Zwang zur Organisierung und Planung im einzelnen Unternehmen und der gesellschaftlichen Anarchie in der Gesamtproduktion findet seine notwendige Ergänzung in den internationalen Finanzmärkten, die einen Puffer darstellen für die forciert ungleichmäßige Entwicklung einzelner Monopole, einzelner Länder, Staaten. Hier kommt der Zwang zutage, das Auseinanderklaffen von zunehmender Vergesellschaftung und privater Aneignung organisieren zu müssen. Die Absicherung der Bedürfnisse und des Risikos des einzelnen Monopols führt aber offenbar im internationalen Maßstab zur Vergrößerung der Unsicherheit in der Gesellschaft. Mit den Mitteln zur Bekämpfung der Krise schafft das Kapital die Voraussetzungen für die nächste.

#### Auf den Finanzmärkten geht es um fiktives Kapital

Durch das Erdbeben in Kobe hat sich der Reichtum Japans vermindert, durch die Pleite der Barings-Bank ist die Welt um keinen Deut ärmer geworden. Dort wurden Produktivkräfte (Menschen, Gebäude, Maschinen ...) vernichtet, hier platzte eine Seifenblase (nur über viele Vermittlungen und Brechungen in Verbindung mit Kobe). Dort handelte es sich um wirkliches Kapital, hier um fiktives, also „eingebildetes“, nicht wirkliches Kapital.

Fiktives Kapital haben wir schon bei der Aktie. Das bei der Aktienausgabe dem Unternehmen zufließende Geld wird in der Regel zu wirklichem Kapital, weil vom Kapitalisten in die Anschaffung von Maschinen, Rohstoffen und in die Bezahlung von Lohn gesteckt. Die Aktie ist ein Besitztitel, der schon den Schein erweckt, das Kapital existiere zweimal – einmal in den Maschinen etc. und einmal in der Aktie. Die Aktien wechseln an der Börse vielfach den Besitzer, sie fallen und steigen im Kurs. Die Bewegung der Aktienkurse verselbstständigt sich gegen ihren Ausgangspunkt, der einmaligen Anlage von Geld im Unternehmen. Genauso sind die Staatspapiere fiktives Kapital. Marx erwähnt dazu: „Diese Transaktionen (des Kaufs und Verkaufs von Staatsschuldspapieren – Corell) mögen sich noch so sehr vervielfältigen, das Kapital der Staatsschuld bleibt ein rein fiktives, und von dem Moment an, wo die Schuldscheine unverkaufbar würden, fiele der Schein dieses Kapitals weg. Nichtsdestoweniger hat dies fiktive Kapital seine eigne Bewegung.“ (K. Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, S. 483)

Immerhin wurde in Deutschland jeweils nach den beiden Weltkriegen der Charakter der Staatsschuld als fiktives Kapital dem Anleger eingebettet: 1923 und 1945 wurden die Schuldscheine des Staates unverkäuflich, und der „Schein“ fiel weg.

#### Alles nur Casino-Kapitalismus?

Der Begriff Casino-Kapitalismus weckt den Anschein, als ginge es um den Eiertanz von reichen Mumien in Monte Car-



Die Bildmontage entnahmen wir der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ). Gefertigt wurde sie von: „Ex-Press“.

lo. In Wirklichkeit werden die Arbeiter selbst in diese Verteilungskämpfe hineingerissen. Hat das Kapital z. B. Marke „Deutschland“ an den Finanzmärkten Verluste gemacht, schaut es sich nach den Quellen seines „Spielgeldes“ um: mehr arbeiten, länger, flexibler, besser arbeiten. Runter mit Sozialleistungen. Fiel im Zuge ihrer Operationen der Dollar, heißt es: Um unsere Exportmärkte in den USA nicht zu verlieren, können wir uns nicht auch noch Lohnerhöhungen und Sozial-Schnickschnack leisten. Was sich in guten Börsenzeiten wie ein Geldscheißer anläßt, den man nur richtig bedienen muß, damit er seine goldenen Eier legt, führt in schlechten Zeiten zur Rückbesinnung auf den wahren, echten Dukatenesel der Nation: den Arbeiter, dessen Arbeitskraft als einzige aller Waren die Fähigkeit hat, mehr zu produzieren, als für ihren eigenen Unterhalt notwendig ist, und der durch seine lebendige Arbeit die toten Produkte, die Maschinen, die Waren, Geld- und Finanzmärkte erst zum Tanzen bringt. Auf ihn besinnen sie sich mit aller Wucht. Und die schöne Phrase: Laß doch dein Geld arbeiten, verflüchtigt sich in Blut, Schweiß und Tränen derer, die wirklich und nicht nur fiktiv arbeiten.<sup>3</sup>

Corell, „KAZ“ vom 21. April 1995

#### Quellen:

- 1 Ein Call ist die Möglichkeit, zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas zu kaufen, ein Put die Möglichkeit, zu verkaufen. Der Erwerb eines Dollar-Calls, z. B. um 10 DM, berechtigt z. B. am 5. Januar 1996 zum Kauf von 100 Dollar zum Kurs von 135 DM, bei einem heutigen Kurs von 140 DM.

Steht der Kurs des Dollars im Januar 1996 bei 130 DM, verliert der Inhaber des Call-Scheins Geld, liegt er über 135 DM, gewinnt er, denn er kauft dann die 100 Dollar um 135 und verhökt sie um 140, 141 ... Der Call-Schein ist ein Derivat, denn er ist „abgeleitet“ von einem zugrundeliegenden Wert, hier dem Dollarkurs. Der Call-Schein selbst wird wieder gehandelt bis zum Ablauf des Termins (hier: 6.1.96). Sein Wert, hier 10 DM, steigt, wenn der Dollarkurs steigt.

2 Das Abkommen von Bretton Woods wurde 1944 im Zuge der Bildung der Vereinten Nationen abgeschlossen. Es legte das kapitalistische Weltwährungssystems für die Zeit nach dem Krieg fest: Dollar als Leitwährung, Umwechselbarkeit des Dollars in Gold (1 Feinunze Gold = 35 US-\$), Festlegung des Kurses der anderen Währungen im Verhältnis zum Gold und damit zum Dollar, enge Bandbreiten, in denen die Kurse um diese festgelegte Parität schwanken durften.

3 „Man weiß dagegen, daß in der Tat die Erhaltung, und insoweit auch die Reproduktion, des Werts der Produkte vergangener Arbeit nur das Resultat ihres Kontakts mit der lebendigen Arbeit ist; und zweitens: daß das Kommando der Produkte vergangener Arbeit über lebendige Mehrarbeit grade nur so lange dauert, wie das Kapitalverhältnis dauert, als das bestimmte soziale Verhältnis, worin die vergangene Arbeit selbstständig und übermächtig der lebendigen gegenübertritt.“ (K. Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, S. 412)

# Nazi-Vergangenheit: BASF bedauert, Hoechst-Vorstand will was zahlen

Nachdem bei der Bayer-Hauptversammlung am 24. Mai 1995 der Vertreter der Bayer-Coordination (kritischer Aktionärsverband) mit massiven Werkschutzaufgebot gewaltsam vom Mikrofon „entfernt“ wurde, waren die Vorstände der zwei anderen IG-Farben-Erben vorgewarnt und überlegten sich, wie sie auf die Kampagne „Nie Wieder“, mit der die Verbrechen des IG-Farben-Konzerns an den Raubkriegen und an den Völkermorden der deutschen Faschisten zur Sprache gebracht werden sollten, reagieren werden.

Axel Köhler-Schura erntete Tumulte, als er anprangerte, daß BAYER seine Archive nicht öffnet, daß der in Nürnberg wegen Raub und Sklaverei verurteilte BAYER-Mann und IG-Farben-Vorstand Fritz ter Meer nach seiner Freilassung wieder zurück in den Aufsichtsrat geholt wurde, daß BAYER bis zum heutigen Tage den Opfern „seiner brutalen Machenschaften“ eine „angemessene Entschädigung“ verweigert, ein Konzern, der den Massenmord in den KZs in industriellem Maßstab überhaupt erst ermöglichte. Gänzlich unerträglich fanden es die versammelten Aktionäre/innen, Bankenvertreter und die Geschäftsführung schließlich, als Herr Schura forderte: „Es gibt auf diesen Hauptversammlungen eine traditionsreiche Sitte. Die Aktionärinnen und Aktionäre, die Herren des Aufsichtsrates und des Vorstandes erheben sich in stillem Gedenken an die gestorbenen Konzernangehörigen ...“ Hausverbot. Damit hat sich BAYER eine schlechte Presse und reichlich Imageverluste eingehandelt.

Hoechst und BASF mußten sich also bemühen, einen besseren Eindruck zu hinterlassen. Ein Vertreter der Alternativen BASF-Aktionäre (AABA) in Ludwigshafen verwies darauf, „daß ohne die weitgespannte Forschung, ohne die reiche technische Erfahrung und ohne die konzentrierte wirtschaftliche Macht der IG-Farben Deutschland nicht in der Lage gewesen wäre, im September 1939 mit einem Angriffskrieg zu beginnen. Dr. Otto Ambros, verantwortliches

Vorstandsmitglied für das IG Farben-Werk in Auschwitz und nach 1948 Aufsichtsratsvorsitzender der Knoll AG (Pharma-Tochter der BASF, d. Verf.), war einer dieser Wegbereiter, als er 1941 an sein Ludwigshafener IG-Farben-Werk seine Freundschaft mit der SS und ihren hervorragenden KZ-Betrieb in Auschwitz telegraphierend pries. (...) Und Dr. v. Knieriem aus dem IG-Farben-Werk Ludwigshafen schrieb 1940 angesichts der drohenden Niederlage Frankreichs bereits über zu treffende Regelungen in einem unter deutscher Führung stehenden europäischen Wirtschaftsraum“.

Der Aktionär forderte, 50 Millionen DM für eine Stiftung mit den Aufgaben „der Zahlung von Wiedergutmachung an die Zwangsarbeiter des IG-Farben-Grauens und ihrer Hinterbliebenen und für den Erhalt der KZ-Gedenkstätten, der Aufstellung von Gedenktafeln an allen Orten des IG-Farben-Schreckens.“

Hermann Morweiser, ein weiterer „kritischer Aktionär“, verlangte vom BASF-Vorstand Aufklärung, wann endlich im Werk Ludwigshafen an das Arbeitserziehungslager erinnert wird, „das im Lauf der Woche nach dem 9. April 1943 im Werk im Einvernehmen mit der Gestapo erreicht wurde.“ Die Unterschrift unter diese Maßnahme trägt den Namen von Dr. Wurster. „Er hat dies zwar alles im Prozeß gelegnet, ist heute Ehrenbürger unserer Stadt, aber er hat unterschrieben. In diesem Zusammenhang könnte man auch gleich die Strafbücher der BASF gegen gefangene Russen in der BASF aufrollen, denn hier heißt es nicht IG Farben, sondern BASF.“

In seiner wohl vorbereiteten Antwort erklärte Vorstandsvorsitzender Strube, die BASF verurteile die Grauen der Nazis nicht nur in Auschwitz, sondern in allen anderen KZs. Wohlgemerkt, er sprach von den Nazis, nicht von den IG Farben; er verwies darauf, daß es ja noch andere KZs gab, wo gemordet wurde. Er verurteilte den Einsatz der Zwangsarbeiter „durch die IG Farben“.

Dies dürfe nie wieder geschehen. Er erweckte den Eindruck, daß der Gesetzgeber für die Entschädigung von Zwangsarbeitern mit anderen Ländern die notwendigen Regelungen getroffen habe. Zudem seien mit dieser Frage komplexe Zusammenhänge bis weit in Fragen des internationalen Rechts berührt. Er signalisierte: keineswegs eine Angelegenheit der BASF, sondern des Staates.

In der Ausstellung zum 125. Firmenjubiläum haben „wir haben klargemacht, daß wir uns unserer Geschichte stellen“. Zudem steht laut Strube das BASF-Archiv Historikern offen. „Wir verschweigen den Teil unserer Vergangenheit nicht“. Immerhin wird hier zugegeben, daß die IG Farben zur BASF-Geschichte gehören. Auch wenn die BASF rein juristisch nicht Rechtsnachfolger der IG Farben ist, erschließt sich daraus doch eine konkrete Verpflichtung der Wiedergutmachung.

Daß diesbezüglich bis heute nichts getan wurde, darüber können auch die auf der Hauptversammlung gezeigten Dias von der Gedenkstätte im BASF-Werk Schwarzeide bei Dresden nicht hinwegtäuschen. Dort hat die BASF mit den Worten Herrn Strubes „auf Anregung die Initiative ergriffen und die Gedenkstätte in ein würdiges Erscheinungsbild gesetzt“. Dies muß man sich auf der Zuge zergehen lassen. Fakt war, daß die BASF die vorhandenen Überreste eines KZs mit Krematorium einplanieren und einen Parkplatz darauf betonen ließ. Erst aufgrund von vor allem jüdischen Protesten aus aller Welt, ehemaliger Zwangsarbeiter im Werk Schwarzeide, beeilte sich die BASF, ein Mahnmal auf dem Werksgelände zu errichten. Aber eine Gedenkstätte in Ludwigshafen zu errichten, daran ist schon gar nicht gedacht.

Die Hoechst AG ging einen kleinen Schritt weiter. An Henry Mathews vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen schrieb Vorstandsvorsitzender Dormann persönlich: „Der Erhalt der Gedenkstätten an die schrecklichen Konzentrationslager des Nazi-Regimes



ist uns — wie ich in unserer Hauptversammlung ausgeführt habe — ein Anliegen, für das wir uns einsetzen wollen. Ich denke, daß der heutige fünfzigste Jahrestag des Kriegsendes eine Verpflichtung für die gesamte deutsche Allgemeinheit bedeutet, diese Stätten des nationalsozialistischen Terrors nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wenngleich wir derzeit noch überlegen, welche konkreten Schritte wir in diesem Sinne unternehmen werden, möchte ich Ihnen schon heute versichern, daß wir uns sicherlich mit einem nennenswerten Betrag an einer solchen von der Allgemeinheit getragenen Stiftung beteiligen wollen. Zugleich bitte ich aber um Verständnis, daß wir zur Erreichung größtmöglicher Effizienz unseres Beitrags die bestehenden Möglichkeiten zunächst mit den zuständigen Stellen im Staat erörtern wollen. Über den Fortgang unserer Überlegungen werden wir Sie auf dem laufenden halten.“ Für weitere Fragen steht Dr. Phöhlmann aus der Rechtsabteilung, Tel. 069/305-5070, zur Verfügung.

Der aufmerksame Leser wird herauslesen, daß sich der Hoechst-Vorstand lediglich in die breite Masse der „Allgemeinheit“ eingereiht sehen möchte. Eine besondere Verantwortung und Schuld der Hoechst AG als ehemaliger Teil der IG-Farben möchte auch dieser Konzern nicht zugestehen. Abgesprochen haben sich wohl alle drei darüber, daß kein Pfennig an ihre ehemaligen noch lebenden Sklaven ausgezahlt werden darf. Hier soll kein Präzedenzfall geschaffen werden, denn das könnte teurer werden, als ein paar Spenden für Gedenkstätten, und das ist auch keine Sache, die als „Verpflichtung der Allgemeinheit“ verkauft werden kann. Da stünden die historischen Verbrechen der drei Chemiegianten allein zur Debatte. — (ede)



Mannheim. Rund 150 Demonstranten versuchten am Samstag, den 15. Mai, den Zugang zur Tagungsstätte des baden-württembergischen Landesparteitags der Republikaner zu blockieren. — (jöd)

## Genehmigte Provokation von Neonazis zum 8. Mai

Halstenbek. Mit Genehmigung des Kreisordnungsamtes konnten etwa 70 Neonazis am Samstag, dem 6. Mai, öffentlich mit einer Demonstration gegen den 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg provozieren. Die Demonstration war von André Goertz, dem Bruder des Ex-FAP-Vorsitzenden Glen Goertz, angemeldet und organisiert worden. Die Neonazis, die nach eigenen Angaben aus ganz Norddeutschland angereist waren, zogen vom Bahnhof Krupunder aus mit NPD-Fahnen schwenkend und in Sprechchören rufend, daß für sie der 8. Mai kein Tag der Befreiung sei, durch den Ort. Nach der Abschlußkundgebung am S-Bahnhof Krupunder löste sich die Versammlung auf, ohne daß es, was von der Presse hergehoben wurde, zu Auseinandersetzungen mit „linksgerichteten Gegendemonstranten“ kam.

Die Genehmigung des Nazi-Aufmarsches durch den Kreis Pinneberg kann nur als Schlag ins Gesicht für alle noch lebenden Opfer des Nazi-Terrors und Antifaschisten bewertet werden.

Quelle: Pinneberger Tageblatt — (S.P.)

## § 218: CDU-Landrat kriminalisiert

Stuttgart. Die Landesmitgliederversammlung der PDS Baden-Württemberg fordert in einem Beschuß den Rücktritt des CDU-Landrats Wütz. In dem Beschuß heißt es:

„In den zwei Krankenhäusern des Kreises Waldshut verbietet CDU-Landrat Wütz Schwangerschaftsabbrüche. Gegen den ausdrücklichen Beschuß einer knappen Kreistagsmehrheit bestimmt er wie ein Alleinherrcher darüber, daß Frauen, die eine sogenannte indikationslose Abtreibung vornehmen lassen wollen, abgewiesen werden müssen. Vier Kreisrätinnen der CDU, SPD und Freien Wähler hatten dieses Vorgehen kritisiert und werden deshalb bezichtigt, „rechtswidrige Tötung menschlichen Lebens“ zuzulassen.“

Obwohl selbst die restriktive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Frau im Falle eines Schwangerschaftsabbruches die letztendliche Entscheidung zuläßt, deckt das Stuttgarter Sozialministerium den Alleinhang des Landrats und lehnt bislang ein Eingreifen ab. Zynisch wird darauf hingewiesen, daß betroffene Frauen in

**BUNDESVERBAND DER VERTRIEBENEN****Hausverbot wegen Revanchismus**

Der Vorsitzende des BvD des Kreisverbandes Pinneberg, Erwin Krüger, schickte am 19.4. eine Einladung für eine „Gedenkveranstaltung zum 8. Mai“ im Kreistagsaal an die Fraktionen: „Für uns Vertriebene handelt es sich bei diesem Datum nicht um eine ‚Befreiung‘, sondern für uns bedeutet es Beginn von Verfolgung, Rechtslosigkeit und wir wurden Freiwild; der Rache der Sieger ausgeliefert. Nur weil wir Deutsche waren. Wir wurden heimatlos! Die geschichtliche Wahrheit muß wieder Maßstab unseres Denkens und Handelns werden.“

Für die Kreistagsfraktion der Grünen ist das „der Versuch, die Bedeutung des 8. Mai 1945 umzuinterpretieren.“ Schriftlich forderte ihr Fraktionsvorsitzender Matthias Böttcher deshalb die Kreistagspräsidentin G. Schlüter und Landrat Harms auf, die Veranstaltung nicht im Kreistagsitzungssaal stattfinden zu lassen. Der Landrat reagierte und zog die Genehmigung für die BvD-Veranstaltung zurück. Gleichzeitig kündigte er aber auch an, daß der Kreistagsaal zukünftig für keinerlei öffentliche Veranstaltungen externer Träger zur Verfügung stehen solle. Mit diesem Zusatz kann Harms aber auch danebenliegen. Der BvD hat mittlerweile nämlich die Adresse des Kreishauses (Moltkestraße 10, Zimmer 809)! Dennoch sind die Revanchisten durch das Hausverbot schwer aufgescheut: „Wir sind und bleiben Vertriebene“. Der Kreisvorstand des BvD entschied, keine weitere

Veranstaltung im Kreisgebiet zum 8. Mai stattfinden zu lassen, und verweist auf seine Charta von 1950, in der „auf Rache, Vergeltung und Revanchismus verzichtet“ würde.

„Rache und Vergeltung“ gab es dann aber doch – für die Grünen: In der Nacht zum 4. Mai wurde das Fenster ihrer Kreisgeschäftsstelle in Pinneberg mit Plakaten zugeklebt: „Diese ‚Befreiung‘ feiern? Alliierter Massenmord am Deutschen Volk“. Das Pamphlet zeigt Bilder vermeintlich von alliierten Soldaten mißhandelter Deutscher. Diese Plakate wurden zudem an der benachbarten Rübekamp-Schule und einem Schaufenster der Schenefelder Buchhandlung Cremer geklebt. Der Kreisgeschäftsführer der Grünen, Thorsten Berndt, sieht einen Zusammenhang zwischen der Aktion und der Auseinandersetzung mit dem BvD. Deutlich wird, daß die revanchistische Propaganda, die der BvD auf seiner Veranstaltung zu pflegen gedachte, Bezugs punkt der neofaschistischen Zusammenhänge im Kreis sein sollte. Die Plakatierungen werden wohl in Verbindung mit der neofaschistischen Demonstration zu sehen sein. Diese wurde unter möglichster Geheimhaltung vom Landrat nicht verboten.

Der BvD hat mittlerweile angekündigt, eine Diskussion über das Hausverbot mit den Kreistagspolitikern zu veranstalten. Zu verhindern ist, das nicht noch eine nachträgliche Rehabilitation der Revanchisten erfolgt. — (rua)



Nachbarkreise ausweichen könnten. Die Maßnahme des Landrates ist rechts widrig. Die PDS fordert seinen Rücktritt. Die Mitgliederversammlung der PDS Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, ihre Weisungsbe fügnis gegenüber dem Waldshuter Landrat wahrzunehmen und diese extrem frauenfeindliche Praxis zu stoppen.

Die gesetzlich gewollte Bevormundung der Frau ist schlimm genug. Zusätzliche Verschärfungen durch einen Landrat sind nicht hinnehmbar.“

**Bezahlbare Wohnungen in Essen immer knapper**

Essen. Bezahlbarer Wohnraum ist in Essen immer schwerer zu finden. Allein im letzten Jahr sank der Bestand an Sozialwohnungen um 11000 auf 64347 Wohnungen. Von diesen befinden sich wiederum 18173 Wohnungen in der Nachwirkungsfrist, d.h. die Besitzer werden die öffentlichen Zuschüsse in den nächsten zehn Jahren zurückzahlen und brauchen sich dann nicht mehr an die Mietbindung zu halten. Diese Zahlen gehen aus dem Wohnungsmarkt-Bericht der Stadt Essen für 1994 hervor, der jetzt vorgelegt wurde. Auf der War-

teliste des Amtes für Wohnungswesen stehen jetzt schon 5881 Haushalte mit geringem Einkommen. — (wof)

**Verein LAGG empört über Verhalten des Dresdner Bank**

Frankfurt. Ende März hatte der Verein Leben und Arbeiten im Gallus (LAGG) die Vorstände der Dresdner Bank und der Adler-Werke in einem Offenen Brief aufgefordert, endlich ihren Entschädigungsverpflichtungen gegenüber den Überlebenden des ehemaligen KZ-Außenlagers Frankfurt/Adler-Werke nachzukommen. Der Brief war auf der Demonstration am 24. März anlässlich des Todesmarsches der KZ-Häftlinge der Adlerwerke nach Buchenwald vor fünfzig Jahren verlesen worden. Der Verein LAGG hatte den elf noch bekannten Überlebenden KZ-Häftlingen 10000 DM übergeben, um „ihnen die bisher nicht gewährte Entschädigung zumindest symbolisch zukommen zu lassen“. Mittlerweile gingen weitere Spenden ein: Die Jugendinitiative Gallus überwies DM 1000. Ein anonyme Spender stellte 50000 DM zur Verfügung. Den KZ-Häftlingen, die überwiegend in Polen leben, können somit bis jetzt je-



Foto: af/mz

**STAHLINDUSTRIE****Keine Aushebelung der Sozialpläne!**

Fast fünf Monate befinden sich die Vorruheständler der Vereinigten Schmiedewerke jetzt im Ungewissen. Am 27.1. meldete die VSG-Holding den Vergleich an, weil die drei Elgner Thyssen, Krupp und die Stahlwerke Bremen (früher Klöckner) ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkamen.

Seit Wochen läuft der Folgekonkurs. Bis heute mußten die Konzerne nicht nachgeben: Sie wollten sich der im Sozialplan vereinbarten Ausgleichszahlungen bis zu 1300 DM/monatlich für Vorruheständler und der Werksrenten entledigen und haben ihr Ziel erreicht.

Seit Jahren versuchen die Stahlkonzerne, die Sozialpläne in der Stahlindustrie zu drücken. Es gelang ihnen bisher nur in kleinen Schritten. Der Konkurs der VSG-Holding, die ausschließlich für die Abwicklung der Sozialpläne, für die Werksrenten und für eine Ausbildungswerkstatt zuständig ist, setzt neue Maßstäbe: Mit einem Schlag wurde ein gültiger Sozialplan nicht nur gekürzt, sondern vollständig gekappt. 1640 Vorruheständler, die ab 1988 von der neu gegründeten Holding übernommen wurden, um von ihr vermeintlich „sozial abgefertigt“ entlassen zu werden, sind – abgesehen von geringfügigen Abschlagszahlungen, die der Vergleichsverwalter durch Anleihen auf das Grundstücksvermögen leisten konnte – seit Januar allein auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe angewiesen.

Auch die 1850 Werksrentner sahen zunächst keinen Pfennig mehr von ihrer Werksrente. Nach oft Jahrzehntelanger Schuftei für die VSG erhielten sie nur noch die Altersrente aus der gesetzlichen Sozialversicherung. Nach langen, von der IG Metall geführten Verhandlungen sind die Werksrentenansprüche

inzwischen jedoch gesichert: Sie werden vom Pensionssicherungsverein übernommen. Auch für die über 100 Auszubildenden der VSG ist eine Lösung gefunden: Sie sind in den einzelnen VSG-Betriebsstätten, die unabhängig von der Holding weitergeführt werden, und in anderen Stahlwerken untergebracht werden.

Für die Vorruheständler zeichnet sich jedoch noch immer keine Lösung ab. Thyssen, Krupp und die Stahlwerke Bremen pokern weiter und weigern sich, irgendwelche Zahlungen wieder aufzunehmen. Was die Wut der Betroffenen noch größer macht: Die drei Muttergesellschaften der VSG fahren nach mageren Stahljahren auch in der Bilanz längst wieder Gewinne ein. Thyssen allein rechnet nach 245 Mio. DM vor Steuern im Geschäftsjahr 1993/94 mit einem Betrag zwischen 600 Mio. DM und 1 Mrd. DM im laufenden Geschäftsjahr. Die Verpflichtungen aus dem Sozialplan machen hochgerechnet bis zum Jahre 2000 demgegenüber rund 84 Mio. DM aus (Werksrenten schon herausgerechnet).

Drei Großaktionen hat die IG Metall inzwischen organisiert. An der dritten am 28. April in Bochum beteiligten sich rund 10000 Sozialpläne, Werksrentner und Stahlarbeiter.

IG Metall-Vorsitzender Zwickel warf Thyssen, Krupp und den Stahlwerken Bremen offenen Vertragsbruch vor. Im Vorgehen der drei Konzerne sieht die IG Metall einen Präzedenzfall, denn auch in anderen Fällen gibt es ähnliche Konstruktionen zur Abwicklung von Sozialplänen. „Wenn das Beispiel VSG Schule macht, ist kein Sozialplan mehr in der Stahlindustrie sicher“, so Zwickel. Falls keine „befriedigende Antworten“ gefunden werden, kündigte er einen „Flächenbrand“ an. — (wof)

weils etwa 5000 DM übergeben werden. Die Dresdner Bank ließ dem Verein LAGG telefonisch sinngemäß mitteilen, daß die Initiative begrüßt werde, man aber nicht bereit sei, eine Entschädigung zu leisten. Der Verein solle sich an die Bundesregierung wenden. Die Bank werde allenfalls dann einen Beitrag zur Verfügung stellen, wenn sämtliche einschlägig verantwortlichen Firmen sich dem anschließen. Die Dresdner Bank war im Faschismus der maßgebliche Aktionär der Adler-Werke. aus: Frankfurter Info — (lre, ola)

**Ex-Rep-Mann kandidiert bei der FDP**

Stuttgart. In Heidenheim hat eine Mitgliederversammlung der FDP das ehemalige Rep-Landesvorstandsmitglied Köhler für die Wahl zum baden-württembergischen Landtag im kommenden Frühjahr nominiert. Sicher, ein „Ausrutscher“, wie der FDP-Landesvorsitzende Döring beteuert, der den Beschuß der 16 Heidenheimer FDPler auch wieder kippen möchte. Auch die Kandidatur eines sogenannten „Hau degens“ in Backnang — der Kandidat Bauer war schon mehrfach mit dem

Strafgesetz in Konflikt gekommen und wirbt mit Sprüchen gegen Parteienfilz u.ä., wie man es von Rechten kennt —, auch diese Kandidatur sieht Döring mehr als „Ärgernis“ denn als Tendenz. Aber: „Ausrutscher“ und „Ärgernis“ deuten auf eine Strategie von Rechten gegenüber der FDP hin. Abgesprungene Repler, Deutsch-Nationale in der FDP und andere versuchen, die personelle und ideologische Schwäche der FDP zu nutzen, um aus ihr eine rechtspopulistische Partei nach dem Muster der österreichischen FPÖ zu machen. — (alk)

**CDU und REP gegen Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht**

Stuttgart. Mit Unterstützung durch die Abgeordneten der „Republikaner“ haben CDU und FDP im Landtagspräsidium von Baden-Württemberg einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen verhindert, daß das Parlament die Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung über die Beteiligung der Wehrmacht an NS-Verbrechen zeigt. Nach Ansicht der CDU würden in der Ausstellung alle Wehrmachtssoldaten „pauschal als Verbrecher dargestellt“. — (hma)

# „Nationalkomitee Freies Deutschland“ geehrt

**In Köln wurde eine Gedenktafel für die antifaschistische Widerstandsgruppe angebracht**

Wir hatten in dieser Zeitung bereits vor zwei Nummern über die Anbringung einer Gedenktafel für das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) in Köln berichtet. Der Vorgang ist von bundesweiter Bedeutung. Unseres Wissens gibt es bisher keine vergleichbare Gedenktafel in den alten Bundesländern. — (jöd)

## Oberbürgermeister Burger, SPD, bei der Enthüllung

Es ist mir eine große Freude, die ehemaligen Widerstandskämpfer Grete und Heinz Humbach, Gerd Kuth und Heinz Tesch heute unter uns begrüßen zu können. Ebenso herzlich begrüße ich Ilse Neugebauer, die Tochter des von der Gestapo ermordeten Max Neugebauer, sowie Anni Golombowski, deren Vater Johannes Kerp ebenfalls von den Handlangern des NS-Regimes umgebracht wurde. Die Widerstandsgruppe „Nationalkomitee Freies Deutschland“ war mit über 200 Mitgliedern die größte Widerstandsgruppe in Köln — und im gesamten Rheinland gegen das NS-Regime ...

Ziel der Widerstandsgruppe war es, eine möglichst alle NS-Gegner umfassende Widerstandsorganisation zu bilden. Eine einheitliche Front aller NS-Gegner war in den ersten Jahren der NS-Herrschaft an den politischen Gegensätzen zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen gescheitert.

Dem Ende 1943 gegründeten Kölner „Nationalkomitee Freies Deutschland“ war es gelungen, Personen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Ausrichtung zusammenzubringen. Geleitet wurde das Komitee in Köln von einer Fünfergruppe aus den Kommunisten Engelbert Brinker, Johannes Kerp, Otto Richter, Wilhelm Tollmann und Jakob Zorn.

Etwa die Hälfte der Mitglieder der Gruppe waren Nicht-Kommunisten. Zu ihnen gehörten u. a. die Ärzte Dr. Jakob Ahles und Dr. Mertens, der Bibelforscher Kurt Stahl, die Sozialdemokraten Franz Bott und Max Neugebauer und sogar zwei NSDAP-Mitglieder. Das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ verfolgte im wesentlichen drei Ziele:

- Sturz des NS-Regimes
- rasches Ende des Krieges und
- Überlegungen zum demokratischen Wiederaufbau für die Zeit danach ...

Die Widerstandsgruppe machte die Bevölkerung auf ihre Ziele mittels Flugblätter, Plakate, Klebezettel aufmerksam. Die Arbeiter in den Betrieben wurden aufgefordert, Sabotage bei der Kriegsproduktion zu üben; den Soldaten wurde empfohlen zu desertieren. Parolen waren: „Hitlers Tod — Frieden, Freiheit, Brot“ oder „Arbeiter nicht für den Krieg — feiere krank, dann brauchst Du keine Granaten zu drehen.“ Der Text eines Flugblattes lautet z. B.: „Arbeiter und Soldaten: Keine Stunde für den Krieg. Geht nicht zur Front. Kämpft mit uns für den Frieden. Für die Freiheit. Für die Volksfront. Gegen die Nazis! Komitee der Volksfront.“

Das Nationalkomitee verfolgte nicht nur den Sturz der NS-Diktatur und das Ende des zweiten Weltkrieges, es entwickelte darüber hinaus eine Konzeption für die Zeit nach dem Krieg, die u. a. den Wiederaufbau freier Gewerkschaften, die Gründung freier Presseorgane und die Neuordnung der kommunalen Verwaltung und des Gesundheitswesens beinhaltete ...

Vom Haus Sülzgürtel 8 aus organisierte im Herbst 1944 die Kölner Gruppe des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ den Widerstand gegen das Nazi-Regime. In diesem Haus, das den Krieg überdauert hat, wohnten mehrere Mitglieder der Gruppe, unter anderem die Familie Humbach. Die Widerstandsgruppe wollte dazu beitragen, den Krieg zu beenden und einen demokratischen Wiederaufbau in Deutschland zu ermöglichen. Zu dieser größten und breitesten Widerstandsgruppe während des Krieges gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose NS-Gegner. Am 24. November 1944 verhaftete die Gestapo in diesem Haus die Leitung des Komitees und nahm später insgesamt 59 Mitglieder fest. Engelbert Brinker, Johannes Kerp, Max Neugebauer, Otto Richter, Kurt Stahl und Wilhelm Tollmann wurden von der Gestapo zu Tode gefoltert. (Text der Gedenktafel, Foto: af/mz)

Wenn wir heute — 50 Jahre nach der Befreiung von der NS-Diktatur — der Mitglieder der Widerstandsgruppe „Nationalkomitee Freies Deutschland“ gedenken, dann müssen wir uns bewußt sein, daß der Kampf dieser mutigen Menschen für uns und für kommende Generationen eine Verpflichtung ist, — die Verpflichtung, stets entschieden für Frieden, Freiheit und Demokratie einzutreten ...

## Werner Jung, stellvertretender SPD-Vorsitzender in Köln

Die SPD-Ortsvereine Lindenthal und Sülz haben die Anbringung einer Gedenktafel für das Nationalkomitee Freies Deutschland am Haus Sülzgürtel 8, der damaligen Zentrale der Widerstandsgruppe, angeregt. Als Vertreter der beiden Ortsvereine möchte ich zu Ihnen sprechen. Herr Oberbürgermeister Norbert Burger hat zu Recht darauf hingewiesen, daß mit der Gedenktafel für das Nationalkomitee Freies Deutschland eine Lücke im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Köln geschlossen wird. In Köln wird an vielen Stellen und in sehr unterschiedlicher Form an den Nationalsozialismus erinnert. Gerade in den letzten Jahren sind eine Reihe wichtiger Erinnerungsstätten hinzugekommen; so etwa für das ehemalige Zwangsarbeiterlager in Dellbrück. Auffallend ist allerdings dabei, daß an die größte und breiteste Widerstandsgruppe in Köln, das Nationalkomitee Freies Deutschland, bislang nicht erinnert wurde. Mehr noch: mit dieser Gedenktafel wird zum ersten Mal überhaupt an die Widerstandstätig-



Der SPD-Ortsverein Lindenthal und die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung haben bereits zweimal, 1983 und 1991, eine solche Gedenktafel angeregt. Beide Male scheiterten wir an der CDU/FDP-Mehrheit in der Bezirksvertretung ...

Denn auch eine Erinnerung an das Treffen Hitler-Papen ist notwendig: symbolisiert es den Anfangspunkt des NS-Regimes, so steht das Gedenken an das Nationalkomitee Freies Deutschland für den Endpunkt des NS-Regimes. Anfangs- und Endpunkt — beides gehört zusammen, nur wenige hundert Meter voneinander getrennt auf einer Straße, dem Gürtel.

## Heinz Humbach, ehemaliges Nationalkomitee-Mitglied

Es ist unmöglich, die Leistungen der Frauen und Männer des Kölner National-Komitees Freies Deutschland in kurzen Worten zu schildern und gebührend zu würdigen. Sie lassen sich aber vielleicht erahnen, wenn wir uns die Bedingungen vorstellen, unter denen damals der Widerstand gegen das Nazi-Regime organisiert wurde.

Ich erinnere an die Zeit, als Nazi-Deutschland auf dem Höhepunkt seiner Macht schien. 1940 und 1941 waren die Nachbarstaaten in Ost und West überfallen und in „Blitzkriegen“ besetzt worden. Ende 1941 beherrschte die deutsche Wehrmacht Europa vom Atlantik bis kurz vor Moskau. Die Mehrheit der Deutschen unterstützte die Nazis und glaubte an den „Endsieg“ und das „1000jährige Reich“.

Und genau zu dieser Zeit kamen einige Kölner Nazigegner, vielleicht ein Dutzend, zu der Überzeugung, daß es jetzt an der Zeit sei, den Widerstand gegen die Nazis auf eine breite Basis zu stellen. Sie waren nicht in Resignation oder Mutlosigkeit versunken, sondern kamen zu der Erkenntnis, daß jetzt die früheren politischen und ideologischen Gegensätze etwa zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten oder zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichen Demokraten überholt seien. Vielmehr ginge es nun darum, all diejenigen zu sammeln, die bereit waren, etwas gegen das Naziregime zu tun. So entstand, die zu diesem Zeitpunkt fast tollkühne Idee, in Köln ein Komitee der Volksfront zu organisieren.

Und das Unvorstellbare gelang tatsächlich. Bis 1944 wurden rund 200 Kölnerinnen und Kölner als Mitstreiter gewonnen. Die alle, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten, Parteilose oder gar ehemalige NSDAP-Mitglieder, die erkannt hatten, daß die Nazi-Politik ins Verderben geführt hatte, vereinigte eine gemeinsame Ziel: alles zu tun, um das Naziregime zu beseitigen und den furchterlichen Krieg schnellstens zu beenden, um so Voraussetzungen zu schaffen für einen demokratischen Neuanfang in Deutschland ...

Wir alle schulden Anerkennung und Dank den Freunden und Mitstreitern, deren Namen in dieser Gedenktafel eingegossen sind. Berthold Brecht spricht in seinem Gedicht an die Nachgeborenen von der Verzweiflung „wenn da nun Unrecht war und keine Empörung“. Den Frauen und Männern des Kölner National-Komitees Freies Deutschland verdanken wir, daß es damals in Köln nicht nur Terror und Unrecht gab, sondern auch Empörung und Widerstand.

aus: „Lokalberichte Köln“

DOKUMENTATION

## Der Entwurf für das „Schlußgesetz“

**Präambel**

Aus Anlaß des 5. Jahrestages des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und damit der Verwirklichung des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes von 1949 beschließt der 13. Bundestag im Geiste der Versöhnung aller Deutschen und der vollständigen Beendigung des „Kalten Krieges“, der über vier Jahrzehnte Deutsche in Ost und West gegeneinandergebracht hat, Straffreiheit für Handlungen, die in Ausübung hoheitlicher Aufgaben sowie in Ausübung einer Dienst- oder Rechtspflicht der DDR erfolgten oder teilungsbedingt waren.

Diese Straffreiheitserklärung soll dazu beitragen, daß zusammenwächst, was zusammengehört, daß nach dem Vollzug der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands die geistige Einheit aller Deutschen in Ost und West befördert wird und die schöpferischen Kräfte und die produktiven Potenzen aller Deutschen für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit freigesetzt werden.

**Art. I****§ 1****Abs. 1**

Bürger der DDR, die in Ausübung hoheitlicher Aufgaben für den Staat und seine Behörden tätig wurden, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen ihrer Tätigkeit nicht mehr strafrechtlich verfolgt.

**Abs. 2**

Der Tätigkeit nach Abs. 1 werden Handlungen von Bürgern der DDR gleichgestellt, die, ohne Amtsträger zu sein, in Ausübung einer Dienst- oder Rechtspflicht tätig wurden.

**§ 2****Abs. 1**

Verfahren, die die unter § 1 beschriebene Tätigkeit betreffen, werden eingestellt.

**Abs. 2**

Personen, die wegen der unter § 1 beschriebenen Tätigkeit bereits rechtskräftig verurteilt sind, wird die Strafe erlassen.

Begonnene Vollstreckung von Rechtsfolgen wird mit Inkrafttreten dieses Gesetzes eingestellt.

**§ 3****Abs. 1**

Die durch dieses Gesetz gewährte Straffreiheit erstreckt sich mit Inkrafttreten desselben auf Nebenrollen, Maßregeln der Besserung und Si-

cherung, rückständige Bußen und Kosten.

**Abs. 2**

Die durch Gesetz gewährte Straffreiheit wird auf Antrag der in § 1 genannten Personen durch das zuständige Gericht festgestellt; die Staatsanwaltschaft ist zu hören.

**Abs. 3**

Anträge auf Feststellung der Straffreiheit sind innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei dem Gericht zu stellen, das die Verurteilung in erster Instanz ausgesprochen hat.

**§ 4**

Strafregistervermerke über die in § 2 genannten Verurteilungen werden gelöscht.

Das gilt auch, wenn diese Person zugleich wegen anderer Straftaten oder Rechtsverletzungen rechtskräftig verurteilt worden ist.

**§ 5****Abs. 1**

Auf die Fälle des § 2 Abs. 1 und 2 sind die Bestimmungen des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) entsprechend anzuwenden.

Die Frist des § 10 StrEG beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu laufen.

**Abs. 2**

Bereits gezahlte Strafen, Bußen oder Auflagen werden nicht zurückerstattet; dies gilt auch für bereits von der Justizkasse eingezogene Kosten.

**Art. II**

Das Verjährungsgesetz vom 26.3.1993 (BGBl. S. 392) und das zweite Verjährungsgesetz vom 27.9.1993 (BGBl. S. 1657) werden aufgehoben.

**Art. III****§ 1**

Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die unter Verletzung der Strafgesetze für die DDR, ihre Behörden oder Institutionen tätig gewesen sind oder mit denen zusammengearbeitet haben, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Verfolgung gesetzt.

**§ 2**

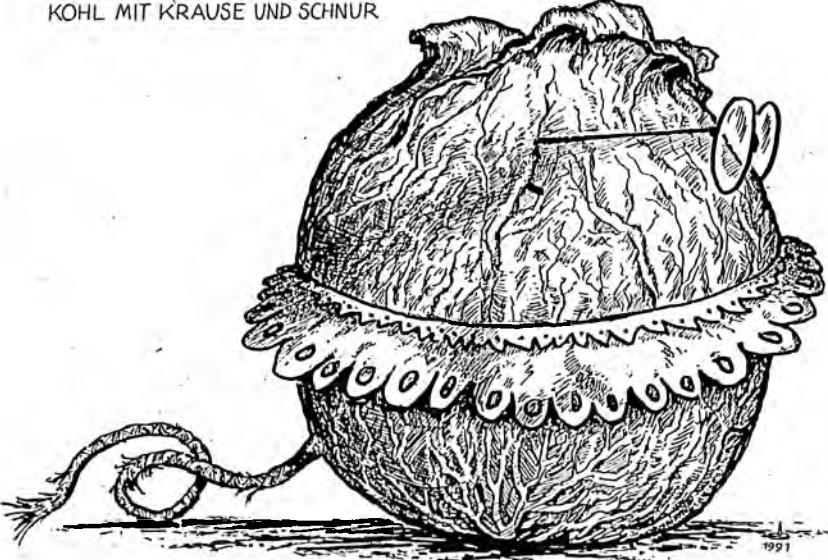
§§ 2 bis 5 des Art. I gelten entsprechend.

**§ 3**

Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die wegen ihres Verhaltens zur DDR, wegen Förderung der KPD oder ihr nahestehender Vereinigungen strafrechtlich verfolgt wurden, werden amnestiert.

(An die hier dokumentierten Bestimmungen schließen sich eine Begründung und Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen an.)

MEISTERWERK DEUTSCHER KULTUR:  
KOHL MIT KRAUSE UND SCHNUR



## Ost-Interessen oder bунdesweite Probleme?

### Bericht vom 3. Bundeskongreß des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

Unsere Teilnehmer des Bundeskongresses auf das Erscheinen ihres Präsidenten Peter-Michael Diestel, als sie am 13. Mai in Berlin zu ihrem 3. Bundeskongreß des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden zusammentrafen. Das hinderte sie jedoch nicht, mit mehr als 300 Vertretern von 38 Verbänden über das Thema „Wege zu deutsch-deutschem Frieden“ zu beraten. Das Thema wurde der Zusammenkunft bewußt gegeben: Es soll die Bereitschaft zum Ausgleich zwischen Ost und West durch deutsch-deutschen Friedensschluß signalisieren.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Entwurf eines „Schlußgesetzes“ (s. „Dokumentation“), das vorsieht, die strafrechtliche Verfolgung Ostdeutscher zu beenden, die in Wahrnehmung hoheitlicher Handlungen für die DDR „Unrecht“ begangen haben sollen, und das mit seiner Annahme durch den deutschen Bundestag den Graben zwischen alten und neuen Bundesbürgern nicht weiter vertieft. Schluß gemacht werden muß mit der Fortsetzung des „Kalten Bürgerkrieges“ in Deutschland. Die aus dem „Kalten Krieg“ herrührende Atmosphäre verschärft den innerdeutschen Gegensatz und errichtet neue, unsichtbare Mauern. Nur ein auf Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung und Vertrauen aufbauendes Miteinander schafft eine Basis für die Überwindung dieser Gegensätze. Anlaß, um dieses Gesetz zu beschließen, könnte der 5. Jahrestag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik sein.

Der Vorsitzende der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Prof. Wolfgang Richter, mußte allerdings bei der Eröffnung mitteilen, daß — mit Ausnahme der PDS — trotz Einladung keine der im Bundestag vertretenen Parteien Vertreter zu dem Kongreß entsandt hatte, ebensowenig wie Bundestag und Bundesrat, Bundesregierung oder Landesregierungen vom Kongreß Notiz nahmen ... Die meisten der eingeladenen Parteien und Verfassungsinstitutionen hielten die Einladung nicht einmal einer absagenden Antwort für wert — ein Indiz, wie weit sie von den Interessen der Ostdeutschen entfernt sind. Damit war vorbestimmt, daß es auf dem Kongreß nicht zu der von

den Veranstaltern erstrebten gemeinsamen Suche nach Lösungswegen für drängende Sorgen der Ostdeutschen kommen konnte, sondern nur zur Formulierung von Forderungen.

Das betraf deshalb auch drei weitere Komplexe, mit denen sich der Kongreß befaßte:

- Arbeit und Arbeitslosigkeit
- Rentenrecht
- Wohnen / Mieten / Grundstücksnutzung.

In seiner Auseinandersetzung mit den bisherigen Ergebnissen der mehr als 50000 Ermittlungsverfahren wegen sogenannter „Regierungs- und Funktionärskriminalität“ kam Rechtsanwalt Friedrich Wolff zu dem Schluß, daß diese keinerlei Beitrag zur Erhellung der Historie geleistet haben. Neben einem riesigen Arbeitsaufwand der Justiz bedeuten die Verfahren für die Betroffenen, die zu 98 % nicht angeklagt werden, weil die Ermittlungen nicht zu einem hinreichenden Verdacht von Straftaten führen, vor allem psychischen Druck und materielle Belastungen für die gesamte Familie, häufig beruflichen Ruin. Wolff gab zu bedenken, daß die Gesetze nicht für solche extremen Ausnahmesituationen gemacht wurden wie die, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet. „Da sind die Politiker gefordert“, was er mit Beispielen auch aus der jüngsten Vergangenheit belegte: Nelson Mandelas Umgang mit seinen weißen politischen Gegnern.

MdB Prof. Uwe-Jens Heuer meinte, daß die Haltung in den etablierten Parteien zum Schlußgesetzgedanken wesentlich durch den Rang bestimmt wird, den man der Stimme der Ostdeutschen einräumt. Die Schlußfolgerung: Es ist Sache der Ostdeutschen selbst, sich stark zu machen und ihre Stimme unüberhörbar zu erheben.

Prof. Erich Buchholz machte darauf aufmerksam, daß durch die Justiz der BRD bei der Strafverfolgung der „Regierungs- und Funktionärskriminalität“ massenhaft Rechtsverletzungen begangen werden. Er wandte sich gegen die Demagogie, eine Beendung dieser Strafverfolgung gleichzusetzen mit einem Ende der Geschichtsaufarbeitung.

Fortsetzung Seite 12 oben

**Nachtrag:**

Mit dem Entwurf des Schlußgesetzes beschäftigte sich inzwischen die Bundestagsgruppe der PDS. Jens-Uwe Heuer und Michael Schumann setzten sich für das Schlußgesetz ein und erläuterten es. In der Diskussion zeigten sich die Meinungen in der Gruppe geteilt. Einige lehnten das Schlußgesetz ab, weil es dazu beitrage, DDR-Unrecht zu vertuschen. *Neues Deutschland* benennt Manfred Müller, Christina Schenk, Christa Luft und Andrea Lederer, die gegen den Entwurf sprachen.

Einig war man sich in der Auffassung, daß Taten gegen die DDR-Gesetze verfolgt werden müßten und mit dem Schlußgesetz kein Schlußstrich (Lederer) gezogen werden könne. Gregor Gysi kündigte an, daß er gemeinsam mit den Kontrahenten einen neuen Entwurf vorlegen wolle, der einen möglichst breiten Konsens finde. — (abe)

## Fortsetzung von Seite 11:

tung. Der Weg dazu — bezogen auf 40 Jahre DDR-Entwicklung — werde dadurch erst frei. Die notwendigen Lehren für das kommende Jahrhundert aus der gesamten deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre herauszuarbeiten, sei unverzichtbar.

Der Kongreß folgte mit überwiegender Mehrheit dem Vorschlag, das Kuratorium zu ermächtigen, mit den sich aus der Diskussion ergebenden Änderungen den Entwurf des Schlußgesetzes offiziell an die Verfassungsorgane einzurichten.

Den Zusammenhang mit sozialen Problemen verdeutlichte Dr. Klaus Grehn, Präsident des Arbeitslosen-Verbandes Deutschland e.V. Hinter den offiziell 3,7 Mio. Arbeitslosen in Deutschland stehen weitere Millionen von verdeckt arbeitslosen Menschen. Die Rationalisierungskonzepte der Unternehmen für die nächsten Jahre werden weitere Millionen Menschen arbeitslos machen. Dieser Umfang zwingt dazu, über ein anderes Modell der gesellschaftlichen Organisation und Verteilung der Arbeit nachzudenken. In Auseinandersetzung mit der Behauptung, es sei kein Geld für Arbeitsplätze da, forderte Grehn einen „Reichtumsbericht“, in dem aufgedeckt wird, wo in dem reichen Deutschland der Reichtum versteckt wird.

Die Kongreßteilnehmer nahmen eine vom Arbeitslosenverband vorgelegte „Erklärung des 3. Bundeskongresses der Verbände zur Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Armut in Deutschland“ an. Angesichts des Umfangs und der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau wird darin eine Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche mit Gefahren für den sozialen Frieden im Lande konstatiert. Zurückgewiesen werden die Vorlagen des Bundesgesundheitsministers zur Veränderung des Bundessozialhilfegesetzes, da sie einen zerrütteten Staatshaushalt auf Kosten wachsender Armut konsolidieren sollen. Dagegen werden Grundforderungen für eine Neuorientierung von Politik und Wirtschaft gestellt, die durch Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte, Besinnung auf Solidarität und — statt durch Deregulierung — durch Wahrnehmung der vollen Verantwortung auf jeder Ebene gesellschaftlichen Handelns charakteri-

sieren soll.

Zum Thema Renten setzte sich Dr. Fritz Rösel, GBM, mit den Fehlleistungen der bisherigen Rentenüberleitungs-Gesetzgebung der Bundesrepublik und mit den verfälschenden Zahlen auseinander, mit denen suggeriert werden soll, die Ostdeutschen erhielten z.T. schon höhere Renten als vergleichbare Westdeutsche. Unter Hinweis auf den im deutschen Rentenrecht seit dessen Bestehen bestimmenden Generationenvertrag führte er die Klagen über angeblich leere Rentenkassen ad absurdum.

In der Diskussion, in der Gregor Gysi (PDS), die Juristin Dr. Christoph (Komitees für Gerechtigkeit) und Dr. Richter, Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe

Verlangt wird, daß sachkundige Repräsentanten des Ostdeutschen Kuratoriums zu der vom Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages für den 21. Juni 1995 festgesetzten öffentlichen Anhörung zum Thema „Rentenüberleitung“ das Wort erhalten.

Wohnen, Mieten und Grundstücksnutzung war Thema der Vertreter der GBM, des Mieterbundes Brandenburg, des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer e.V. (VDGN), des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer (VKSG) und des Vereins der Märkischen Eigenheim- und Grundstücksbesitzer e.V. Der Vizevorsitzende des Mieterbundes Brandenburg Warneck verdeutlichte, daß mit dem Vergleichsmietensystem in Ostdeutschland eine Regelung eingeführt wird, die sich in der Alt-BRD so nicht bewährt

werden auch bei Pachten in verschiedenen Fällen in Ostdeutschland bereits die westdeutschen Preise übertroffen. Mit Kündigungsdrohungen werden ostdeutsche Nutzer in Einzelfällen zur erhöhten Pachtzahlung gezwungen.

Der Kongreß verabschiedete eine Erklärung, erarbeitet vom Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVDN) e.V., die feststellt, daß die BRD-Regierung die historische Chance nicht genutzt hat, im vereinten Deutschland ein einheitliches und angemessenes Entschädigungsrecht für NS-Opfer zu schaffen. Gefordert wird, allen NS-Opfern angemessene Entschädigung und soziale Sicherung zu gewährleisten, alle von Urteilen der NS-Militärjustiz Betroffenen zu rehabilitieren und allen ausländischen NS-Opfern eine Entschädigung zuzubilligen.

Das Ostdeutsche Kuratorium versteht sich als Bürgerbewegung, die parlamentarische Strukturen unter Druck setzt. Nach der Euphorie der deutschen Einheit ist Realität in das Leben vieler Bürger — nicht nur der ostdeutschen — eingezogen. Der Verlust an Zustimmung zu dem Weg zur Einheit ist nicht zu übersehen. Es sind deshalb keineswegs pure ostdeutsche Interessen, die das Kuratorium zu seinen Schlußfolgerungen veranlaßte. In der deutschen Gesellschaft gibt es ein Oben und ein Unten. Ostdeutschland gehört zum Unten. Das ist keineswegs zu vereinfachen. Denn Arbeitslosigkeit, Mietbelastungen, Folgen der Gesundheitsreform, Altersarmut, Ausländerfeindlichkeit usw. gibt es genauso in den alten Bundesländern. Das Ostdeutsche Kuratorium versteht sich deshalb nicht nur als ostdeutsche Institution. Es ist bestrebt, sich Verbündete in Westdeutschland zu schaffen und mit gleichartigen Verbänden zusammenzuarbeiten. Akzeptanz verschafft es sich durch sachkundige Arbeit und beharrliches Wirken für die Bürger. Wolfgang Richter sprach deshalb davon, daß „vielleicht der innere Friede erst hergestellt ist, wenn Ministerpräsident Stolpe auf einem Empfang des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille der DDR neben dem Bundesverdienstkreuz tragen kann, ohne daß dies eine Pressenotiz wert ist.“ — (abe)



und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR), sprachen, wurde deutlich gemacht, daß es im Rentenrecht nicht nur um die Beseitigung politisch motivierter Strafbestimmungen geht, sondern um die Beseitigung von Ungerechtigkeiten, die alle Ostdeutschen betrafen. Gespalten werden die Deutschen durch diejenigen, die solche Benachteiligungen organisieren und aufrechterhalten, nicht durch diejenigen, die sich gegen Ungerechtigkeit zur Wehr setzen.

hat. Fehlende Wohnungen und Obdachlose sowie ständig wachsende Mieten zeigen das. Die angeblichen „Altschulden“ der Wohnungsverwaltungen in der DDR kennzeichnete er als ein Phantom, das die Bundesregierung erzeugt hat und nun wieder besseres Wissen nutzt, um eine Politik gegen die Mieter zu „begründen“. Eckhart Beleites, Präsident des VDGN, verdeutlichte, daß sich der Kampf um die Grundstücke verschärft. Die scheinbare Ruhe täusche. Da, wo das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung nicht zugunsten der Westdeutschen durchgegriffen habe, werde jetzt die „finanzielle Keule“ angewandt: erhöhte Entgelte für Nutzer und stetig wachsende Gebühren für Besitzer von Grundstücken in Ostdeutschland. Wie bei den Mieten



über eine Tolerierung bzw. Oppositionsrolle der PDS nach der Abgeordnetenhauswahl entscheiden.

Der Landesparteitag machte bei der Wahl und durch die Diskussion deutlich, daß in der Mitgliedschaft und im Umfeld der Partei ein großer Klärungsbedarf zur Oppositionsrolle der PDS, ihrem Politikstil und zur Weiterentwicklung von theoretischen Positionen besteht. Diesem Bedarf werden sich die Vorstände der verschiedenen Ebenen nicht durch eine „Nun-erst-recht“-Haltung noch durch „Drohgebärden“ oder das „Aussitzen“ von Widersprüchen entziehen können. Hier wird nur die offene Diskussion innerhalb der Partei helfen, der Verantwortung als stärkste linke oppositionelle Kraft in der Bundesrepublik Deutschland auch weiter gerecht werden zu können.

Klaus-Jürgen Dahler ist Bezirksvorsitzender der PDS in Berlin-Hellersdorf.

## Tolerierung nicht um jeden Preis!

Klaus-Jürgen Dahler zum Berliner PDS-Landesparteitag

Am 13. und 14. Mai 1995 trafen sich die Berliner Landesparteitagsdelegierten, um ihre SpitzenkandidatInnen auf der Offenen Liste für die Abgeordnetenhauswahl auf der Landesliste zu küren und zugleich inhaltliche Grundaussagen für den bevorstehenden Wahlkampf zu beschließen. Nach dem Willen des Landesvorstandes sollte diese Tagung zugleich das Signal setzen, daß die PDS Berlin bei einer Aufkündigung der großen Koalition eine rosa-grüne Regierungskoalition tolerieren würde. Demzufolge unterbreitete der Landesvorstand den Parteitagsdelegierten einen Personalvorschlag für die ersten 10 SpitzenkandidatInnen, der für die SPD und das Bündnis 90/Grüne die Tolerierungsabsicht untermauern sollte. Spätestens hier begann der Konflikt zwischen den Basisdelegierten und den Berliner PDS-Spitzenfunktionären.

Da im Listenvorschlag des Landesvorstandes nur 4 Parteimitglieder vorgeschlagen wurden und viele Abgeordnete, die basisnah arbeiten und für solche wichtigen Politikfelder wie Sozial-

politik oder Kulturpolitik stehen, nicht berücksichtigt wurden, kam es schon im Vorfeld des Landesparteitages zu heftigen Diskussionen. So ist es auch zu erklären, daß die Landesvorsitzende Petra Pau gerade mal mit 63 Prozent der Stimmen zur Spitzenkandidatin gewählt wurde und der Westberliner Gewerkschafter Uwe Doering als erster das Personalkonzept des Vorstandes mit dem Sieg bei der Wahl um den Spitzensitz 2 gegenüber dem Ex-Grünen Harald Wolf durcheinanderbrachte. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Peter Zott zog dann sogar seine Kandidatur um einen Spitzensitz zurück, um die Tolerierungs-Personalliste nicht zu gefährden.

In dieser Phase des Parteitages beklagten sich viele Delegierte über die Basisferne des Landesvorstandes und versuchten, immer wieder neue KandidatInnen ins Gespräch zu bringen. So entstand entgegen den Vorstandsvorstellungen ein Personalpuzzle, bei dem Stichwahlen über die Plätze entschieden. Der Landesvorstand mußte zur Kenntnis nehmen, daß ein Personal-

konzept nur tragfähig bleibt, wenn zuvor die öffentliche Diskussion mit der Basis ausreichend geführt wird.

Das galt auch für den vorgeschlagenen Entwurf des Berliner Wahlprogramms. Hier versuchte eine Redaktionsgruppe, einen Ergänzungsantrag „Umbau heißt PDS“ kurzfristig nachzureichen, in dem die PDS Berlin im Falle der Ablösung der großen Koalition die Zustimmung zum Landeshaushalt signalisiert und sich verpflichtet, die von einer „rot-grünen Koalition“ vorgeschlagenen Senatoren zu wählen und die Regierung gegen Angriffe aus dem konservativen rechten Lager zu unterstützen. Hier sahen vor allem die PDS-Funktionäre aus den Bezirken einen Freifahrtschein für die SPD. Unter dem Druck einer völlig unzureichenden Finanzausstattung der Bezirke, einer völlig verfehlten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik des SPD/CDU-Senates konnten und wollten sie einer solchen Aussage nicht zustimmen. Somit wurde der Antrag lediglich als Diskussionsgrundlage stehengelassen. Eine weitere Tagung des Landesparteitages wird

## GNN-VERLAGE

Frühjahrstagung  
der GNN-Verlage

Am 12. Mai trafen sich Beschäftigte und Vertreter der Eigner der GNN-Verlage in Köln zu ihrer turnusmäßigen Halbjahreskonferenz.

Auf der Tagesordnung stand u.a. die wirtschaftliche Situation der Verlage, die für Sommer geplante Umstellung der Personalverwaltung und Fragen der Technik und Programmierung.

1. Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Verlage sind nach den ersten drei Monaten wie immer noch mit vielen Unsicherheiten behaftet. Fest steht, daß die Verlage im Westen im ersten Quartal ihre Kosten durch die Umsatzerlöse und Druckkostenzuschüsse decken konnten, zum Teil (Köln und Stuttgart) wurden geringfügige Überschüsse erwirtschaftet. Durch die Umstellung des *Angehörigen-Infos* hat der Hamburger Verlag größere Abo-Einnahmen, die sonst im ersten Quartal angefallen wären, jetzt erst im April/Mai erzielt. Auch ohne diese Erlöse war das Geschäftsergebnis in Hamburg im ersten Quartal ausgeglichen. Der Verlag in Sachsen/Berlin mußte dagegen Verluste hinnehmen, insbesondere durch hohe Vorlaufkosten (Werbung u.ä.) für neue Bücher, von denen die ersten noch im Mai/Juni zum Verkauf kommen.

Die Zahl der Beschäftigten ist weiter rückläufig — im ersten Quartal eine Person weniger in Hamburg, ab Sommer wird vermutlich der Verlag in Sachsen/Berlin eine Person weniger beschäftigen, weil ein großer Kunde seinen Auftrag zum Sommer gekündigt hat. Insgesamt sind bei den GNN-Verlagen damit jetzt acht Personen beschäftigt, ab Sommer vermutlich nur noch sieben, gegenüber 11 Personen Ende 1993.

Der GNN-Verlag in Berlin ist zum Jahresende 1994 wie geplant in Liquidation gegangen, die Geschäfte werden seitdem von dem bisherigen GNN-Verlag Sachsen weitergeführt, der das Berliner Verlagsbüro als Filialbüro weiterführt. Der Verlag in Sachsen wird bei dieser Gelegenheit in GNN-Verlag Sachsen/Berlin umbenannt, Eignerkreis und Geschäftsführung wurden bereits um Personen aus Berlin erweitert.

Der Verlag GNN Sachsen/Berlin hat einen neuen Kunden gewonnen: Die „Gesellschaft zum Schutz von Bürger-

recht und Menschenwürde“, eine Vereinigung, die insbesondere gegen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in den neuen Bundesländern im Gefolge der DDR-Annexion auftritt, läßt ihre Verbandszeitschrift *Icarus* bei GNN fertigen und will auch ihre künftigen „Weißbücher“ bei GNN fertigen und verlegen lassen.

Gesprochen wurde über den weiter katastrophalen Postzeitungsvertrieb aus Berlin. Die Post benötigt bei den *Politischen Berichten* bis zu acht Tage, bis die Zeitung bei den Beziehern ist. Auch wenn die Klagen über lange Postlaufzeiten auch aus anderen Orten zunehmen, soll deshalb bei den nächsten Ausgaben versucht werden, die Zeitung über Leipzig auszuliefern. Sollten die Störungen in Berlin von der Post nicht abgestellt werden können, muß die Posteinlieferung ggfs. dauerhaft auf Leipzig umgestellt werden. Gedruckt wird die Zeitung weiter in Berlin.

Die Umstellungen im Postzeitungsvertrieb machen auch eine Umstellung der Vertriebsprogramme nötig. Diese neue Programmversion wird derzeit in Stuttgart erstellt. Vereinbart wurde, daß die Verlage für solche Programmierarbeiten künftig auch direkt zahlen, d.h. die Programme werden nicht mehr unentgeltlich weitergegeben, sondern in Rechnung gestellt.

Der Versand von Büchern der GNN-Verlage erfolgt seit kurzem einheitlich über den Verlag in Schkeuditz. Das Buchlager in Köln ist aufgelöst bzw. nach Schkeuditz geliefert. Dieser Schritt soll insbesondere die Auslieferung der Bücher an Buchhändler, die bisher z.T. in Köln, z.T. in Schkeuditz bestellten, vereinfachen und hoffentlich auch (durch größere Partien) verbilligen. In Köln konnten durch diesen Schritt auch die Mietkosten gesenkt werden.

Beraten wurde, daß auch künftig alle GNN-Verlage eigene Broschüren und womöglich sogar eigene Bücher fertigen können sollen. Die Möglichkeiten, solche Bücher und Broschüren im ISBN-Verzeichnis der Buchhändler anzumelden, sollen geprüft werden. Außerdem wurde der Verlag in Schkeuditz gebeten, die Kosten für den Vertrieb von Büchern zu erfassen, damit die andere Verlage wissen, was der Vertrieb von Büchern und Broschüren (ganze Auflage oder Teil-Auflagen) über Schkeuditz kosten würde.

In diesem Zusammenhang wurde auch beraten, wie bei gegenseitigen Hilfeleistungen zwischen den Verlagen kalkuliert werden soll, z.B. wenn die Lektoratsarbeiten für ein Buch in Ham-

burg erfolgen, das Buch dann aber von dem Verlag in Schkeuditz verlegt wird. Eine Verrechnung solcher Leistungen auf Basis von geleisteten Arbeitsstunden soll versucht werden, wo dies von dem Umfang der Arbeiten her aber nicht möglich ist, sollen die echten Kosten auch gegenseitig in Rechnung gestellt werden.

2. Die Personalverwaltung für alle GNN-Verlage wurde bisher einheitlich über den Verlag in Köln erledigt. Hier waren alle Personen unabhängig von ihrem konkreten Arbeitsort angestellt, hier wurde für alle Verlage die Sozialversicherungs-Meldung, Lohnbuchhaltung usw. einheitlich abgewickelt. Die Gründe für diese einheitliche Personalverwaltung, aber auch die personellen Möglichkeiten für deren Erledigung in Köln, sind inzwischen entfallen bzw. nicht mehr vorhanden. Ab 1. Juli werden deshalb sämtliche Beschäftigte bei den regionalen GNN-Verlagen, bei denen sie auch bisher schon tätig waren, auch formell angestellt. Die Arbeit in Köln für die anderen Verlage (Meldungen an die Sozialversicherung, Lohnbuchhaltung usw.) entfällt, ebenso die damit verbundene Abrechnung der Personalkosten zwischen den Verlagen. Jeder Verlag rechnet damit ab 1. Juli auch seine Personalkosten selbstständig ab.

3. Bei der Technik ist eine Umstellung bei den Copyprintern möglich. Die Geräte, die schon bisher ein umweltfreundliches und kostengünstiges Drucken von Flugblättern, Zeitungen und Broschüren bis zu einer Auflage von 2000 bis 3000 Stück ermöglichen, können künftig auch Druckvorlagen bis zum Format A-3 direkt vom Computer einlesen. Bisher mußten die Druckvorlagen auf Belichter oder Drucker ausgedruckt und ggfs. montiert werden. Künftig können sie direkt vom Computer zur Herstellung des Druckträgers an die Druckmaschine übertragen werden. Der Verlag in Stuttgart wird seinen Mietvertrag für den bisherigen Copyprinter baldmöglichst auflösen und ein neues Gerät mieten. Diese Umstellung wird

a) hoffentlich Kosten sparen durch Wegfall der Vorlagenerstellung durch Fotosatzbelichtung sowie durch Raumsparnis, da die Fotosatzanlage samt Entwickler abgestoßen werden kann;  
b) sicher eine Verbesserung der Druckqualität bringen, wie eine Besichtigung gezeigt hat (bessere Bildqualität, feinere Auflösung usw.);  
c) allerdings eine vollständige Umstellung bei den Computer-Programmen zur Vorlagenerstellung erfordern. In

In

## Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

## Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

11/95

## NEU BEI GNN

Unser Nein zur Bombe  
ist ein Ja zur Demokratie

Markus Gunkel



Ostermarsch Nord  
1960-1969

Weltweite Abrüstung und die Ächtung militärischer Gewalt als Mittel der Politik sind heute notwendiger denn je. Der Autor dieser Geschichte der Ostermarsche in Norddeutschland in den sechziger Jahren will mit seinem Buch dazu beitragen. Markus Gunkel: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie. Ostermarsch Nord 1960-1969. GNN, ISBN 3-926922-29-X, 126 S., 12 DM. Bestellungen an: GNN-Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz.

Stuttgart wird geprüft, welche gängigen DTP-Programme und Bildverarbeitungsprogramme eine schnelle Vorlagenerstellung ermöglichen und wie die nötige Ausbildung für die Verlagsbeschäftigte durchgeführt werden kann.

d) Zusätzliche Investitionen, die mit dem Ankauf des Copy-Printer-Nachfolgemodells u.U. anfallen: Scanner für die Bildverarbeitung; eventuell schnellere Rechner und größere Bildschirme; DTP- und Bildverarbeitungsprogramme; eventuell Schriftfonts, falls die mit gängigen Programmen mitgelieferten Fonts von der Qualität her nicht ausreichen.

Sobald das Verfahren geprüft und evtl. noch bestehende Probleme beseitigt sind, kann das System dann auch von den anderen Verlagen Schritt für Schritt übernommen werden; wahrscheinlich besteht die Möglichkeit, an den Verlagsstandorten, wo die Druckmaschinen gekauft und nicht gemietet wurden, die vorhandenen Copyprinter-Geräte mit der Schnittstelle zum Computer nachzurüsten. (Berichterstattung: rüL, alk)

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

# NRW STARTet im Kielwasser Blüms

## Daniel Kreutz zur Kritik der „sozialverträglichen Leiharbeit“

Am 1.2.95 nahm die „START Zeitarbeit NRW GmbH“ mit 22 Geschäftsstellen in NRW ihre Arbeit auf. Die von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Land, Kommunen und Landesarbeitsamt getragene Gesellschaft stellt Erwerbslose als LeiharbeiterInnen ein und verleiht sie jeweils bis zu 6 Monate an Betriebe in der Hoffnung, dadurch eine anschließende Übernahme im Entleiherbetrieb zu erreichen. In den verleihfreien Zeiten sollen Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden, die mit den Gewinnen aus dem Verleihgeschäft finanziert werden sollen. Perspektivisch soll in jedem NRW-Arbeitsamtsbezirk eine START-Agentur entstehen. Im dritten Geschäftsjahr sollen insgesamt 1100 LeiharbeiterInnen bei START NRW beschäftigt sein — ein angesichts der Dimension der registrierten Langzeitarbeitslosigkeit in der Größenordnung von rund 300000 in NRW eher „bescheidenes“ Ziel.

Was in der NRW-Medienlandschaft in erster Linie als beschäftigungspolitische Großtat der SPD-Landesregierung gefeiert wird, ist tatsächlich ein Adoptivkind, dessen leiblicher Vater Norbert Blüms heißt. Mit der *Richtlinie zur Förderung der Eingliederung schwervermittelbarer Arbeitsloser durch Darlehen und Zuschüsse an Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung (AüGRI)* wurde bei der Bundesanstalt für Arbeit eigens ein über 50 Mio. DM schweres Förderinstrument etabliert. START-NRW hat somit bundesweite Pilotfunktion für die „sozialverträgliche Leiharbeit“. Zur Anschubfinanzierung erhält START ein auf zwei Jahre befristetes Darlehen des Bundes von 5,5 Mio. DM, das dann durch Landesmittel abgelöst wird.

Um die Gewerkschaften ins Boot zu holen und breite Akzeptanz für START zu sichern, bemüht man sich um günstige Einstiegsbedingungen: Mit der ÖTV soll ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, der Tarifdumping vermeidet (Anspruch auf die im jeweiligen Entleiherbetrieb geltenden tariflichen Entgelt- und Arbeitszeitregelungen; in verleihfreien Zeiten Bezahlung nach dem in der letzten Entleiaphase erzielten Durchschnittseinkommen). Auch Betriebsräte sollen es geben.

### Gezielt gegen Langzeitarbeitslosigkeit?

Die beteiligten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, vor allem die Landesregierung, verkaufen START als ein „innovatives“ Projekt der Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Dabei hängt der Erfolg von START auf dem Leiharbeitsmarkt davon ab, daß die unternehmerische Kundschaft mit dem START-Angebot an Arbeitskräften zumindest keine schlechteren Erfahrungen macht als mit der kommerziellen Konkurrenz. Nach dem START-Konzept können Langzeitarbeitslose jedoch stets nur einen Teil der Beschäftigten stellen. Denn der Verleih (bzw. die Überleitung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis) von Langzeitarbeitslosen und anderen Schwervermittelbaren soll nach dem „Tragwellenprinzip“ erreicht werden: Ein Großteil der START-LeiharbeiterInnen sind „normale“ Erwerbslose, die bei Arbeitgebern leichter auf Akzeptanz hoffen können. Schwervermittelbare werden gleichsam „untergemischt“.

Um den Arbeitgebern „gutes Material“ zu bieten, wird unter den interessierten Langzeiterwerbslosen entsprechend gesiebt:

„Im Hinblick auf eine möglichst hohe Erfolgsquote ist bereits bei der Auswahl potentieller Arbeitnehmer von START Sorgfalt zu fordern ... Die Auswahl, insbesondere aus dem Kreis der schwervermittelbaren Arbeitslosen, erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen der START-Niederlassung und dem örtlichen Arbeitsamt in einer Maßnahme der Arbeitsberatung gemäß § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6b AFG oder in einer Feststellungmaßnahme. Teilnehmer werden in dieser zweiwöchigen Maßnahme unter Eignungs- und Neigungskriterien getestet ...“<sup>2</sup>

Die Behauptung, es gehe um eine gezielte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, ist überwiegend Etikettenschwindel. Rund die Hälfte der START-Beschäftigten werden ArbeitnehmerInnen sein, die auch ohne das Instrument der Leiharbeit relativ gute Chancen haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die nach dem „Tragwellenprinzip“ untergemischten Schwervermittelbaren bilden gleichsam den Rahmen auf der verkrusteten Langzeitarbeitslosigkeit, der noch relativ leicht in die Fluktuation des Arbeitsmarkts zurückgeholt werden kann. Für die Langzeitarbeitslosen, die bei den Eignungstests durch's Rost fallen, dürfte es künftig noch schwerer werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit kann, um Leute zu START zu vermitteln, auch in vollem Umfang von der Zumutbarkeitsanordnung und ihren Sanktionen nach § 119 AFG Gebrauch machen. Rechtlich ist die Anwendung dieser Sanktionsinstrumente bei Vermittlung auch in kommerzielle Leiharbeitsverhältnisse schon jetzt zulässig. Bisher hat jedoch die Arbeitsverwaltung praktisch keinen Gebrauch davon gemacht.

Wenn man wollte, könnte man auch die kommerzielle Leiharbeit als Instrument zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ verkaufen. Das (Arbeitgeber-)Institut der deutschen Wirtschaft weist in seiner positiven Beurteilung von START darauf hin, daß über 53 % der 111000 im ersten Halbjahr 1994 bei kommerziellen Verleihern Neueingestellten zuvor arbeitslos waren und jeder Zehnte aus der Langzeitarbeitslosigkeit kam. Tatsächlich haben v.a. qualifizierte Erwerbslose die kommerzielle Leiharbeit von jeher als Notlösung für einen Wiedereinstieg zu nutzen versucht: „Zeitarbeit und dann gucken, daß man irgendwo unterkommt“. START macht nun aus der Not eine Tugend.

An den Frauen als arbeitsmarktpolitische Zielgruppe dürfte START weitgehend vorbeigehen. Der Leiharbeitsmarkt insgesamt ist in hohem Maße ein Männermarkt. Nachgefragt werden ganz überwiegend Arbeitskräfte aus gewerbl.-technischen Männerberufen. In der kommerziellen Leiharbeit liegt der Frauenanteil seit Jahren konstant bei nur 20 %. Bei den bereits seit 1992 bestehenden START-Agenturen in Gronau, Wesel, Bocholt und Essen liegt er mit durchschnittlich 13,3 % (Essen: 5,7%; Bocholt: 17,3%) nochmals deutlich niedriger.<sup>4</sup>

### Gibt es „sozialverträgliche“ Leiharbeit?

Der Arbeitskreis zur Vorbereitung von START hat unter Beteiligung des DGB

NW ein Positionspapier zur Abgrenzung von „sozialverträglicher“ und kommerzieller Leiharbeit erarbeitet.<sup>3</sup> Dort wird die „Sozialverträglichkeit“ von START-Leiharbeit ausschließlich auf die arbeitsmarktpolitische Zielsetzung und den Umstand zurückgeführt, daß die Gewinne aus dem Verleihgeschäft nicht privatisiert werden, sondern zur Finanzierung der Qualifizierungsanteile reinvestiert werden.

Bisher hatte gewerkschaftliche Kritik an der Leiharbeit im Kern darauf abgestellt, daß der Einsatz von LeiharbeiterInnen maßgeblich zum Abbau der betrieblichen Belegschaften und zur Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften beiträgt. Zudem sind LeiharbeiterInnen (ähnlich wie HeimarbeiterInnen) aufgrund der fehlenden Integration in einen Belegschaftszusammenhang nicht in der Lage, sich als handlungsfähiges Subjekt von Tarif- und Betriebsverfassungsrecht zu konstituieren. Sowohl Tarifverträge als auch Betriebsräte in Verleihfirmen — so sie denn existieren — werden dadurch zwangsläufig zu bloßen Stellvertreter-Einrichtungen, an deren Ausgestaltung die Beschäftigten keinen aktiven Anteil nehmen können.

Für die START-Beschäftigten muß dies umso mehr unterstellt werden, als sie ihre Tätigkeit in der Hoffnung auf eine Festanstellung bei einem Entleiher verrichten. Die Hoffnung, auf diesem Wege der (Langzeit-)Erwerbslosigkeit zu entkommen und die damit verbundene Neigung, START nur als Übergangsbeschäftigung zu verstehen, muß eine vielfach höhere disziplinierende Wirkung entfalten als dies bei „normalen“ LeiharbeiterInnen ohnedies der Fall ist.

Tarifvertragliche Absicherung und Betriebsrat haben daher eher den Charakter von Alibi-Einrichtungen, die die öffentliche (v.a. gewerkschaftliche) Akzeptanz von START erhöht, als daß sie wirksam Arbeitnehmerrechte sichern. Die CDU-Landtagsfraktion hat den START-Tarifvertrag denn auch zum Anlaß genommen, Landesregierung und DGB aufzufordern, sich jetzt auch dem Abschluß von Tarifverträgen für die kommerzielle Leiharbeitswirtschaft zu öffnen.

Eine solche, kritische Betrachtung von Leiharbeit als „atypischem“, prekärem Beschäftigungsverhältnis unterbleibt in dem „Abgrenzungspapier“ völlig. Dies rechtfertigt es, in der gewerkschaftlichen Zustimmung zu START einen gewerkschaftlichen Positionswechsel zur Leiharbeit auszumachen (z.B. Schlagzeile *Kölner Stadtanzeiger* 20.1.95: „DGB-Landesbezirk hält jetzt Leiharbeit für akzeptabel“).

Mit der „sozialverträglichen“ Leiharbeit folgen SPD-Landesregierung und DGB und dem Leitmotiv, unter das Blüm seine Politik der Deregulierung des Arbeitsmarkts von Anfang an stellte: *Besser eine zweitklassige als gar keine Arbeit*. Mit dem Versprechen, dadurch zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, wurden bereits früher befristete Arbeitsverträge, (kommerzielle) Leiharbeit sowie die breite Palette an Formen ungeschützter bzw. nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit salopp gemacht. Statt zusätzliche Arbeitsplätze bereitzustellen, ersetzen die Arbeitgeber in wachsendem Maße reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch verschiedene Formen prekärer Beschäftigung. Die Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften wurde vorange-

trieben. Seit Anfang der 80er Jahre ist auf diese Weise die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung davon geprägt, die Massenerwerbslosigkeit als Rammbock für die Deregulierung des Arbeitsmarkts zu missbrauchen. START droht dieses Thema um eine weitere Variante zu bereichern.

Ein Artikel im *Bonner Generalanzeiger* vom 1.3.95 läßt einen zufriedenen START-Kunden zu Wort kommen:

„Für uns ist das vorteilhaft“, erklärt Menke-Prokurist Walter Sieben, „wir können uns die Leute genau ansehen, bevor wir sie wirklich einstellen.“ Da das Autogeschäft (es handelt sich um seine Autotransport-Firma) wechselseitigen Konjunkturen unterliegt, stockt Sieben seine eigene Belegschaft von rund 120 Mitarbeitern mit bis zu 60 Leiharbeitern auf: „Und da nehmen wir gerne die Leute von START, einmal stimmen die Konditionen, außerdem finden wir den sozialen Touch gut.“

### Contra tarifliche Probezeiten

Ausweislich des Konzept-Papiers des LAA geht START von folgenden grundsätzlichen Erwägungen aus: Der wachsende Zahl Langzeitarbeitsloser auf der Angebotsseite des Arbeitsmarkts steht ein großer Kräftebedarf, vor allem in Klein- und Mittelbetrieben, auf der Nachfrageseite gegenüber. Unternehmen sind bestrebt, die Kosten, die mit personellen Kapazitätsanpassungen verbunden sind, zu minimieren. Ein Grund für den wachsenden Markt der Arbeitnehmerüberlassung ist, daß Betriebe das Ausleihen von Arbeitskräften nutzen, um diese risikolos kennenzulernen, bevor ihnen eine Dauerbeschäftigung angeboten wird.<sup>6</sup>

Der erste Satz ist für das LAA eine „erstaunliche“ These, weil die deutsche arbeitsmarktpolitische Debatte ansonsten in der Einschätzung übereinstimmt, daß wir es vor allem mit einem (großteils strukturellen) Defizit an Arbeitsplätzen in der Größenordnung von über 6 Mio. zu tun haben. Vor diesem Hintergrund wird von Fachleuten aus Gewerkschaften, den Grünen und der SPD die Forderung erhoben, daß sich die Arbeitsmarktpolitik der Aufgabe stellen muß, zusätzliche, gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung zu fördern. Mit der These, es gebe eigentlich genug Arbeitsplätze, man müsse nur Angebot und Nachfrage zusammenbringen, stellt das START-Konzept die Wirklichkeit auf den Kopf.

Das Bestreben der Arbeitgeber, nach Belieben *Heuern und Feuern* zu können, wird gleichsam als Rahmenbedingung in Rechnung gestellt, der es zu entsprechen gelte. Der letzte zitierte Satz beinhaltet dann die schlichte Feststellung, daß die zu kurzen tariflichen Probezeiten ein wesentliches Einstellungshindernis und einen Grund für die Nachfrage nach Leiharbeit darstellen. In ähnlicher Weise, wie Blüm früher z.B. den gesetzlichen Sonderurlaub für Schwerbehinderte als „Einstellungshindernis“ ausmachte, um ihn „beschäftigungsfördernd“ abzubauen, wird suggeriert, daß die tariflichen Probezeiten zwischen 6 Wochen und drei Monaten ein Hindernis für die Neueinstellung Erwerbsloser darstellen. START wird hier als Dienstleistung für Arbeitgeber präsentiert, die es erlaubt, diesen „mülligen“ Umstand zu umgehen. Der folgende Text läßt keinen Zweifel daran, daß es dieser — angebliche — Zusam-

nenhang ist, auf dem das gesamte START-Projekt aufbaut:

„Diese Erkenntnis führte zur Initiative des Landesarbeitsamts, die Arbeitnehmerüberlassung auf sozialverträgliche Art zu nutzen ...“<sup>7</sup> (Hervorhebung K.)

Vor dem Hintergrund betrieblicher Erfahrung scheint im Übrigen der Realitätsgehalt der These, daß zu kurze Prozezeiten die Nachfrage nach Leiharbeit stimulieren, zweifelhaft. In der Regel ist nicht die Beschäftigung von LeiharbeitnehmerInnen, sondern der Abschluß befristeter Arbeitsverträge das oblate Mittel der Arbeitgeber, um die urflichen Regelungen über Probezeiten in Makulatur zu verwandeln. Aus diesem Grund gibt es nicht wenige, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die seit der Zulassung befristeter Arbeitsverträge dazu übergegangen sind, grundsätzlich nur noch befristet einzustellen.

### Leiharbeiter-Einsatz jetzt in Betriebsräte akzeptabel?

Nachdem sie nicht verhindern konnten, daß die rechtlichen Schleusentore geöffnet wurden, die den Aufstieg der im Volksmund als „Sklavenhandel“ verrückten Leiharbeit zu einer Branche mit 2 Millionen Beschäftigten ermöglichen, hatten sich die Gewerkschaften mehr oder weniger auf einzelbetrieblichen Widerstand gegen Leiharbeit mit den Mitteln des Betriebsverfassungsgesetzes zurückgezogen. Aktive Betriebsräte suchten die Hürden für den Leiharbeitereinsatz möglichst hoch zu schrauben, um so weit wie möglich Neuerstellungen zu erzwingen. Es ist fraglich, ob diese Linie gewerkschaftlicher Betriebspolitik bei START noch standhält.

Bei START „einkaufende“ Arbeitgeber können nun gegenüber ihrem Betriebsrat darauf verweisen, daß sie sich in einem „innovativen Modell der Arbeitsmarktpolitik“ beteiligen, dem auch der Segen des DGB erteilt wurde. Wird es künftig heißen, daß der Betriebsrat, der sich dem Einsatz von START-Beschäftigten widersetzt, „sozial verantwortungslos“ handelt, weil „Langzeiterwerbslosen die Wiedereinstiegschance verweigert?“

### Qualifizierung und soziale Betreuung?

Mit den letzten AFG-Novellen hat insbesondere im Bereich Fortbildung und Umschulung (FuU) ein Paradigmenwechsel stattgefunden, den ArbeitsmarktexpertInnen für geradezu „systemverändend“ für die traditionelle aktive Arbeitsmarktpolitik halten. Der Zugang Erwerbsloser zu FuU-Maßnahmen wurde rechtlich und finanziell drastisch erschwert. Mit START wird nunnehr Qualifizierung nicht nur finanziell (die Finanzierung soll aus den Gewinnen des Verleihgeschäfts finanziert werden), sondern auch konzeptionell neu definiert:

„Konzeptionell muß sich dabei von den herkömmlichen Vorstellungen von Fortbildung und Umschulung im Sinne des Arbeitsförderungsgesetzes gelöst werden; zum einen darf die notwendige Flexibilität des Verleihgeschäfts aufgrund der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen nicht übermäßig beeinträchtigt werden und zum anderen müssen Maßnahmemeile und -inhalte nicht nur an den individuellen Fähigkeiten der Arbeitnehmer, sondern insbesondere auch am aktuellen Bedarf der Entleihorientierung sein.“<sup>8</sup>

Im übrigen sind die bisher verfügbaren Aussagen zum Qualifizierungskonzept von START mehr als dürfzig. Dies

könnte auch daran liegen, daß die Träger der beruflichen Fortbildung erst jetzt gedrängt werden, für START passende flexible Maßnahmen in „Modellbauweise“ zu entwickeln, mit dem Wechselbad von Verleih und verleihfreier Zeit kompatibel sind. Dem Konzept nach ist davon auszugehen, daß die Vermittlung anerkannter Qualifikationen dabei gegenüber der „Zurichtung“ der Arbeitskraft auf Arbeitgeberanforderungen eine deutlich nachgeordnete Rolle spielen soll.

Das Konzept spricht von einer „sozialen Betreuung der Zielgruppenangehörigen“ (Langzeiterwerbslose und Schwervermittelbare). Das NRW-Arbeitsministerium erklärte auf Nachfrage, daß die Aufgabe der sozialen Betreuung durch eine/n der drei „DisponentInnen“ wahrgenommen werden soll, die mit zusammen mit je einer halben Stelle für Verwaltung und Leitung den Geschäftsführungsstab der START-Geschäftsstellen bilden sollen. Stellenanteile für qualifizierte soziale Betreuungsarbeit weist das Personalkonzept

den 80er Jahren mit dem ersten Blümischen Beschäftigungsförderungsgesetz und dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nahm. Mit dem Tarifvertrag in der chemischen Industrie von 1994, der mit gewerkschaftlichem Segen den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit ersetzte durch den neuen Grundsatz neu eingestellte Erwerbslose werden mit Lohnabzug nicht unter 5% bestraft, hat sich erstmals eine bedeutende DGB-Gewerkschaft in den Deregulierungskonsens einbinden lassen. START setzt die Entwicklung weiter fort.

Wenn SPD und DGB argumentieren, angesichts des dramatischen Anwachens der Langzeiterwerbslosigkeit und der zunehmenden Verkrustung des Arbeitsmarkts müsse die „reine Lehre“ zugunsten der pragmatischen Erprobung und Nutzung aller irgend sinnvollen Instrumente aufgegeben werden, dann offenbart dies lediglich deren Hilf- und Konzeptionslosigkeit. Schließlich gibt es – etwa in Gestalt der „Sozialen Betriebe“ Niedersachsens – real existierende Modelle einer zu-

und (im engeren Sinne) Schwervermittelbaren voraus.

2 LAA NRW, Referat II, Beendigung von Langzeitarbeitslosigkeit durch Einbeziehung der Arbeitnehmerüberlassung, Fortführung und Weiterentwicklung des Konzeptes „Sozialverträgliche Arbeitnehmerüberlassung“ von START-Zeitarbeit in Deutschland, November 1994, S. 8

3 START-Chance für Arbeitslose, Informationsdienst des iwd Nr. 8/1995.

4 Claudia Weinkopf, Sirikit Krone, START Zeitarbeit, Abschlußbericht der wiss. Begleitforschung i. A. d. Hans-Böckler-Stiftung und des MAGS, Gelsenkirchen, Jan. 95, S. 84f.

5 Landtagsvorlage 11/3695 des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. An der Arbeitsgruppe waren beteiligt: Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, LAA, DGB und das Institut Arbeit und Technik (IAT)

6 LAA, a. a. O., S. 7

7 ebenda

8 ebenda, S. 8



nicht aus. Da die DisponentInnen in erster Linie darauf zielen müssen die Dienstleistungsfunktion von START gegenüber den Entleihern zu entwickeln, dürfte in der Praxis von einer angemessenen „sozialen Betreuung“ nicht viel übrig bleiben.

Angesichts der arbeitsmarktpolitischen Faustregel, daß Langzeiterwerbslose zur Reintegration ins Erwerbsleben etwa gleichviel Zeit brauchen, wie sie ausgeschlossen waren, kommt der qualifizierten sozialen Begleitung gerade für die arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen eine erhebliche Bedeutung zu. Der Verzicht darauf weist ein weiteres Mal darauf hin, daß START einem Großteil der tatsächlichen Langzeitarbeitslosen keineswegs die „Chance“ bietet, die es vorgibt.

### Fazit: Ist es auch Wahnsinn, hätte doch Methode

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Bundesrepublik wird zunehmend in die Richtung „entwickelt“, den Druck der Massenerwerbslosigkeit für die Bestrebungen zur umfassenden Deregulierung von Arbeitsmarkt und Beschäftigungsverhältnissen zu instrumentalisieren. Die öffentlichen Diskussionen über die Schaffung eines untertariflichen 2. Arbeitsmarkts, die Schaffung von Leichtlohngruppen für vorwärts Erwerbslose, die öffentliche Subventionierung prekärer Dienstbotenbeschäftigung in reichen Privathaushalten – all das sind neuere Elemente dieser Entwicklung, die ihren Beginn in

kunftsorientierten und zielgerichteten Politik zur Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit, die auf die Schaffung zusätzlicher, regulärer Arbeitsplätze ausgerichtet ist. Die Entscheidung für START ist in der praktischen Politik zugleich eine Entscheidung dagegen, durchsetzungsfähigen Druck für die Entwicklung und Ausweitung solcher Konzepte aufzubauen. In NRW ist START die konkrete „Alternative“ der Landesregierung zu dem von der Grünen Landtagsfraktion verfochtenen Modell der Sozialen oder Arbeitsförderbetriebe. Auch in der Arbeitsmarktpolitik scheint die „informelle Große Koalition“, der sich die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften zunehmend angliedern, erfolgreich realitäts- und qualitätsorientierte Reformbestrebungen zu erdrücken.

Daniel Kreutz, MdL, ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von NRW.

#### Anmerkungen:

- 1 Bei den seit 1992 im grenznahen Raum von der niederländischen START-Gesellschaft aufgebauten Agenturen sind nach Angaben des MAGS 56% im weitesten Sinne „schwervermittelbare“ ArbeitnehmerInnen beschäftigt, von denen etwa 46% in Anschlußarbeitsverhältnisse übergeleitet werden konnten. Damit beläuft sich der Vermittlungseffekt von im weitesten Sinne Schwervermittelbaren auf 25% der START-Beschäftigten. Die Inanspruchnahme von Mitteln der BfA nach der ÄGRI setzt lediglich einen Anteil von 25% Langzeitarbeitslosen

### TERMINE

24.6.-25.6.: Zentrale Delegiertenkonferenz der VSP, Köln

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

18.6.: Der Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft Metall und der Herausgeberkreis der Zeitschrift *Kritik und Widerstand* treffen sich um 11 Uhr in Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer. Diskutiert werden soll über die Einrichtung einer AG bei der BWK-Bundeskongferenz und die Zukunft des Nachrichtenheftes. Zur Einleitung: Vortrag von M. Fochler zu „Monopol und Hierarchie“, anknüpfend an die Diskussion auf der letzten BWK-Bundeskongferenz.

1.9.-3.9.: UZ-Pressefest der DKP, Revierpark Wisselingen, Dortmund

9.9.: Vorstandstagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten, 8.30 Uhr, Köln

16./17.9.: 3. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin

14.10.: AK Politische Berichte, Köln

14.10.-15.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten, Köln

**E**s fehlt die Sprache, mit der Musik beschreibbar ist. Das, was uns subjektiv an der Musik bewegt, läßt sich schwer objektivieren, auch wenn wir ganz genau zu wissen glauben, daß die von den Gefühlen erfaßte Musik ganz klar ihren objektiven Grund hat. Zudem scheint der Musikgeschmack mehr als anderer Kunstgeschmack eine Klassenfrage zu sein. So klingt auch Beethovens Musik dem einen wie bildungsbürgerliches Elternhaus, in dem die Töchter Klavierstunden nehmen, dem anderen ist es Unterhaltung und mit Genuß versucht man die Musik nach Erkennungsmelodien zu ordnen. Einem Dritten ist der musikalische Zusammenhang wichtig; er vermag aus Beethoven die Revolutionszeit und Aufklärung heraushören: die sich abzeichnende Stellung des einzelnen Instruments, auch die spannungsreiche Harmonik, wird zum Zeichen für bürgerlichen Individualismus und liberal-kapitalistische Konkurrenz. Über das bürgerliche Aufklärungsziel hinaus hört man schließlich auch insgesamt etwas von Menschenbefreiung, von sozialistischer Revolution, im „Alle Menschen werden Brüder“ als längst noch nicht eingelöste und utopische Versprechen, das in der Musik bewahrt wird.

Gleichzeitig steckt in aller utopischen Kunst auch schon die Tendenz zu Mißbrauch und Kitsch; der Kapitalismus erträgt solche radikale Utopie der Menschlichkeit, indem er sie mit seinem Unmenschlichsten durchsetzt, der Warenlogik. Wenn Hanns Eisler noch in Beethovens Musik „vorwärtsweisenden Willen“ hört, „Töne, die schon jetzt uns, den noch kämpfenden Arbeiter, mit Kraft und Zuversicht erfüllt“, dann braucht dies in der Tat nicht nur die starke Bewegung, die auf diese Töne setzt, sondern die auch in der Lage ist, der bürgerlichen Kultur die besten Stücke zu entreißen. Der Sozialismus hatte hier noch die Menschlichkeit in Beethoven geerbt; die Nazis hingegen kopierten den hymnischen Ton für Propagandazwecke: „Die Faschisten verwenden Musik, um über die Wirklichkeit hinwegzutäuschen und aus ihr zu flüchten; für uns ist sie ein Kampfmittel, das uns in unserem gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung helfen und stärken soll, und ein Lehrmittel der richtigen Methode dieses Kampfes. Sie ist uns auch Erholung und Genuß.“

Der hymnische Ton, der überwältigende Sound, fasziniert auch heute noch Millionen; es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß „Alle Menschen werden Brüder“ nicht nazi-ideologisch umgedeutet werden muß zum „Alle arischen Menschen werden Brüder“, sondern auch keine ernsten Folgen hat, wenn nur oft genug betont wird, daß es sich hierbei nur um Unterhaltung handelt.

Wolfgang Stähr hat in seinem Essay über die 9. Symphonie solche Strategie beleuchtet: „Auf die Initiative des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts ging eine als ‚Friedens- und Freiheitsfeier‘ angekündigte Einstudierung der 9. zum Jahreswechsel 1918/19 zurück — Mittlerweile sind Silvesterkonzerte mit der 9. als einzigm Programm punkt zu einer (sinnentleerten) Gewohnheit erstarrt: ein alljährlicher Brauch, über dessen Ursprung in der Arbeitermusik bewegung sich nur die wenigsten im klaren sein dürften.“ (260f.)

Claude Debussy schrieb über die Neunte — und hätte damit die Musik Beethovens überhaupt gemeint haben können: „Sie ist neben dem berühmten ‚Lächeln der Mona Lisa‘, dem mit seltsamer Beharrlichkeit das Etikett ‚geheimnisvoll‘ anhaftet das Meisterwerk, über das am meisten Unsinn verbreitet wurde. Man muß sich nur wundern, daß es unter dem Wust von Geschreibe, den

es hervorgerufen hat, nicht schon längst begraben liegt.“ (263)

Könnte man dem nicht antworten, daß es gerade auch an der utopischen Kraft dieser Musik liegt, wenn immer wieder versucht wird, sie in den Dienst von Herrschaftsinteressen zu stellen; daß es aber auch an der utopischen Kraft in ihr liegt, wenn sie solchen Ver einnahmungen standzuhalten vermag und eben nicht begraben wird?

Und es hat sich gezeigt, daß ein wirkliches Erbe der bürgerlichen Kultur nur in direkter, materialer Auseinandersetzung sich vollziehen kann. Dabei muß

zung. In diesem Kanon steht die Neueinspielung aller neun Symphonien durch Franz Brüggen und dem „Orchestra of the 18th Century“. Dabei zeigt sich, daß die Aufführung mit Originalinstrumenten in das Werkgeschehen unmittelbar eingreift. Egon Voss hat in seinem Beitrag über die Symphonien Beethovens auf die historischen Änderungen und Bedeutungen der Instrumentation am Beispiel der Hörner aufmerksam gemacht: „Beethoven schrieb für Naturinstrumente, weil es die Ventile, mit denen die Instrumente heute ausgestattet sind, noch nicht gab.“ (36) Beethoven

hebt sich vom klassischen Ideal nun ab, wo er auch den unsauber klingenden Tönen des Horns eine zentrale Stellung gibt; die 3. Symphonie, die Eroica gilt hier als auffälligstes Beispiel. „Es ist darum die Frage, ob man den Klang und die Ausdrucksintentionen in Beethovens Symphonien nicht verfälscht, wenn man die Hornpartien — durchweg mit modernen Ventilinstrumenten spielt.“ (37)

Aber selbst wenn es gelänge werkgerecht aufzuführen, so sitzt dem Orchester doch immer noch ein Publikum gegenüber, dessen Hör und Konzertverhalten sich gleichfalls über die

te, um im zunehmend von Nicht-Fachleuten beherrschten Musikleben wenigstens durch objektive Festlegung der Tempi Einfluß auf die Interpretation zu nehmen.“ (65) Umgekehrt kann diese Aufgeschlossenheit Beethovens gegenüber den technischen Neuerungen auch für den Wunsch nach geschichtlicher Anpassungsfähigkeit des Werkes sprechen, gerade um den historischen Kern zu bewahren. Wenn es nach Martin Geck stimmt, daß in der 5. Symphonie das Kopfmotiv durch die Oboe begleitet wird, als „Synonym für die menschliche Stimme und Nuancierung für die Idee der Humanität“, (172) dann braucht diese zarte Stimme heute buchstäblich ihre Verstärkung durch die technische Apparatur. Es heißt, in diesem Jahrhundert wurde die Barockmusik wiederentdeckt. Das hat überhaupt die Frage nach der Aufführungspraxis auf den Plan gerufen. Eine materialistische Musiktheorie hätte hier das geschichtliche Ganze zu erfassen, etwa im Ausbau der oben schon angedeuteten Parallelentwicklung zur Popmusik. Auch hier gibt es ja ein ähnliches, auffälliges Bemühen, ältere Rockmusik und ihre „klassische“ Instrumentierung wiederzuentdecken: vom Gitarrenpop mit altem Röhrenverstärker über Bebop-Zitate im HipHop bis zu den Klängen der Analogsynthesizer im Techno. Das Utopische, das heute in Musik noch steckt, ist weniger im einzelnen Werk und seiner getreuen Interpretation, als vielmehr in der Erfahrung des Hörens. Früher hatten sich fortschrittliche Bemühungen um das klassische Erbe mit den bürgerlichen Orchestern zu messen; heute steht diesen Kräften eine ganze Industrie sowohl gegenüber, wie auch als Werkzeug zur Verfügung. Jedoch sind die technischen Möglichkeiten, die etwa in dieser neuen Aufnahme der neun Symphonien stecken, noch nicht erfaßt. Das hat vielleicht auch damit zu tun, daß die bisherigen Beerbungsversuche zu sehr auf den Text zielen (vom „Alle Menschen werden Brüder“ bis zum politisch-korrekt Rap), weniger auf die musikalische Struktur als solche. — (rob)

*Alle Zitate mit Seitenangaben aus: Renate Ulm (Hg.), Die 9 Symphonien Beethovens. Entstehung, Deutung, Wirkung (Im Auftrag des Bayerischen Rundfunks), dtv / Bärenreiter Kassel 1994*

*Weitere Quellen:*  
Beethoven, Die neun Symphonien, Franz Brüggen / Orchestra of the 18th Century, 5 CDs, Philips  
Eisler, Zum hundertsten Todestag Beethovens, in: ders., Materialien zu einer Dialektik der Musik, Leipzig 1976, 35f.  
Eisler, Einiges über das Verhalten der Arbeitersänger und -musiker in Deutschland, in: ebd., 90

<sup>1</sup> Mit französischem Akzent laut gelesen, bedeuten diese Buchstaben im Deutschen: „Ihr ist heiß am Arsch“. Übrigens hatte Debussy selbst es mit Ironie verstanden, die gekünzelte Dramatik in Wagners Parzifal stolperhaft und leicht in seinen Kinderszenen zu zitieren.

<sup>2</sup> Historismus bezeichnet eine geschichtswissenschaftliche bürgerliche Orientierung (Ranke, Nietzsche u.a.) im letzten Jahrhundert, die in gewisser Hinsicht durch die Postmoderne ihre Wiedergeburt feiert: Kennzeichen ist eine Flucht vor der Gegenwart zugunsten einer Vergangenheitsorientierung. Fortschritt wird im geschichtlichen Prozeß nicht erkannt, statt dessen wird die Relativität der hier einzelnen historischen Ereignisse betont.

# Neun symphonische Utopien



einmal mehr vom bürgerlichen Kulturbetrieb gelernt werden. Jedenfalls scheint es heute nicht mehr möglich und nötig zu sein, daß ein Arbeiterorchester das Kulturerbe der bürgerlichen Gesellschaft reifer zu interpretieren vermag, als andere Orchester. Dem Ernst steht heute auch Ironie und Humor als Werkzeug des Beerbens beiseite: so wie, um auf Debussy zurückzukommen, der Künstler Marcel Duchamp der Mona Lisa einen Schnurrbart malte und mit „L.H.O.O.Q.“<sup>1</sup> unterschrieb, so ist es heute bezeichnenderweise die Pop- und Rockmusik, die sich spielerisch dem Erbe Beethovens bemächtigt und vielleicht sogar unbewußt die Tiefendimension in Beethovens Musik aktualisiert. Die Parallele zum katastrophischen, auch selbstzerfleischenden Ton in den ersten Sätzen der 9. Symphonie können eben durchaus zu den Toten Hosen gezogen werden, die auf ihrem Album Clockwork Orange nicht umsonst den Anfang des 2. Satzes der Neunten direkt einspielen, um ihn im Schrei enden zu lassen.

Die ganze Frage der Bedeutung Beethovens, die Frage nach der geschichtlichen Tiefe seiner Symphonien ebenso wie das musikalisch richtige Verständnis, wird seit einigen Jahren diskutiert. Nicht nur bezüglich Beethovens bemüht man sich um eine originale Aufführungspraxis, in der Regel unter Verwendung von historischen Instrumenten und der angegebenen Orchesterbesetzung.